

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“

erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 85 Pf. Postabonnement 4 Mark. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit illustrierter Beilage 10 Pf. (Eingetragen in der Botzeitungs-Verzeichnisse für 1886 unter Nr. 769.)

Insertionsgebühr

beträgt für die 4 gespaltete Zeile oder deren Raum 40 Pf. Arbeitsmarkt 10 Pfennige. Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Uebereinkunft. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaus, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

Redaktion: Bentzstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

Die Sozialreform.

Die sich langweilig und mühsam hinschleppende Beratung des für die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter bestimmten Unfallversicherungsgesetzes ist recht charakteristisch für den Stand der ganzen Sozialreform. Diese so großartig angepriesene und uns erst in großen Perspektiven vorgeführte Unternehmung ist auf ein Minimum zusammengeschrumpft und droht völlig in's Stocken zu geraten. Die Herren von der Regierung und vom Bundesrat versichern zwar mit anerkanntem Eifer das Gegenteil; allein wir haben uns im Laufe der Zeit doch daran gewöhnt, die politischen Vorgänge nach Thaten und nicht nach Worten zu beurteilen.

Die alten Parteien stehen der sozialpolitischen Gesetzgebung gegenüber in zwei großen Richtungen da. Die manchesterlichen Liberalen einerseits, Konservative und Merikale andererseits. Das Manchesterthum ist im Grunde seines Herzens naturgemäß gegen jede Gesetzgebung eingenommen, welche der Arbeiterklasse mit der Hand des Staats zu Hilfe kommen will. Die Herren Bamberger und Richter werden zwar nicht müde, zu versichern, daß auch sie eine Sozialreform anstreben, allein sie haben bis jetzt auch noch nicht das Mindeste darüber verlauten lassen, wie eine Sozialreform nach ihren Begriffen aussehen müßte. Eine Sozialreform mag aussehen, wie sie will; von dieser Seite wird sie immer bekämpft werden. Das Ideal dieser Herren ist in der wirtschaftlichen Anarchie, in dem „Kampfe Aller gegen Alle“ verwirklicht. Nach ihrem Glauben regelt sich diese Anarchie von selbst und sie treffen darin ganz mit den anarchistischen Ideen Proudhon's zusammen.

Auf der anderen Seite sehen wir konservatives Junker- und Agrarierthum im Bunde mit den Merikalen als „Förderer“ der Sozialreform auftreten. Diese Herren sind vor Allem bemüht, den Schein zu retten, als seien sie die werththätigen Freunde des armen Mannes. Der arme Mann mag freilich manchmal ein verblüfftes Gesicht machen, wenn ihm die Herren Kleist, Rehow, Köllner, Roufang, Herling und Windhorst als seine einzigen „wahren“ Freunde vorgestellt werden. Die Figuren dieser Herren nehmen sich denn doch in dem abgetragenen Mäntelchen konservativ-merikaler „Arbeiterfreundlichkeit“ etwas gar zu selbstsam aus. Diese „Arbeiterfreunde“ haben, als die Aera der Sozialreform begann, den Mund sehr voll genommen; man hätte glauben können, sie hätten weiter nichts zu thun, als die Arbeiter in ein Land zu führen, wo Milch und Honig fließt! Kaum jemals ist so viel versprochen und so wenig gethan worden, wie in diesem Fall. Schon die Regierung ging den Machern des konservativ-merikal-

agrarischen Bündnisses zu weit, sie wollte ja den Arbeitern einige kleine Konzessionen machen. Sie waren recht klein, diese Konzessionen, so klein, daß bei näherer kritischer Betrachtung kaum etwas von Bedeutung übrig blieb, allein es waren immerhin Konzessionen. Sie wurden von den verbündeten Agrariern und Ultramontanen unbarmerzig aus der sozialpolitischen Gesetzgebung ausgewezert. Die Agrarier waren gleich den englischen Tories immer bereit, die Hand zu bieten zu Maßregeln, welche den industriellen Unternehmern Beschränkungen auferlegen sollten; sowie aber diese Maßregeln auf das Gebiet übergriffen sollten, wo sie selbst dominieren, da machten sie entschiedene Front. Man sieht das ganz genau bei der Beratung des Unfallversicherungsgesetzes. Als die Unfallversicherung für die industriellen Arbeiter geschaffen wurde, hatten die Agrarier nichts dagegen einzuwenden, daß man dem Gesetze eine stramme und einheitliche Form gab. Jetzt aber, da sich die Unfallversicherung auch auf die Arbeiter erstrecken soll, die in ihren eigenen landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigt sind, jetzt tauchen bei den Herren Agrariern plötzlich die gewichtigsten Bedenken auf und eine Reihe von Bestimmungen, die im ersten Unfallversicherungsgesetz obligatorisch sind, werden im zweiten nur fakultativ. Das ist doch keine zufällige Erscheinung, sondern das Resultat einer wohlberedelten und berechnenden Politik. Das Zentrum thut dazu noch sein Möglichstes, seine partikularistischen und zentrifugalen Neigungen in der sozialpolitischen Gesetzgebung zum Ausdruck zu bringen. Was soll da schließlich von einer Sozialreform übrig bleiben? Wenn Junker und Pfaff erst vom Tische entfernt haben, was ihnen nicht darauf paßt, welchen Werth hat es dann für den Arbeiter, sich überhaupt noch an den Tisch zu setzen?

Die agrarisch-ultramontane Koalition wird das Gesetz nach ihren Wünschen, Neigungen und Interessen umgestaltet, durchbringen. Dann werden die Herren ins Land hinausgehen und den Arbeitern erzählen, welche großartige Wohlthaten ihnen von den agrarisch-ultramontanen „Freunden“ erwiesen worden sind. Die Arbeiter werden diese Boschaft mit sehr zweifelhaften Gefühlen aufnehmen; dessen sind wir sicher. Sie haben ihre „Freunde“ nach und nach kennen gelernt. Und die Sozialreform überhaupt? Kann man von einer solchen reden, wenn sie den Herren Kleist, Rehow, Dellort u. s. w. auf den Leib zugeschnitten ist?

Politische Uebersicht.

Die „Volks-Zeitung“ entblödet sich nicht, in ihrer letzten Nummer zu schreiben, „Ursache und Zweck unserer Angriffe würden durch den verständnißreichen Beifall der Republikanischen Blätter gebührend gekennzeichnet.“ Im persönlichen Verkehr

Es war bereits finster, die Wachskerzen flammten vor seinem Spiegel, in dem er sein bleiches Gesicht betrachtete. Zwei Stunden später war er Bräutigam, hatte den Ehevertrag unterzeichnet, — keine Zeit war zu verlieren. Statt des Fracks zog er rasch einen Rock an und schellte.

Dswald, sein Diener, trat ein.
„Zu befehlen?“
„Höre, Dswald, ich hoffe, Du bist mir treu?“
„Können Euer Gnaden zweifeln, daß ich —“
„Schon gut! Laß Dir also folgendes sagen: Für jeden geheimen Auftrag, den ich Dir fortan gebe und welchen ich eben so verschwiegen gehalten wie vollzogen wünsche, bekommst Du drei Louisd'ors!“
„Ich bin treu wie Gold, gnädiger Herr!“
„Hier hast Du diese Summe, Dswald. Geh' hinab in den Thorweg, links von der Straße liegt das Zimmer, welches Schällein's Dienstmädchen bewohnt —“
„Sehr wohl!“
„Gieb ihr diesen Thaler und bitte sie, daß sie Ramsell Mathilde beweget, in jenes Zimmer zu kommen. Geh' sie darauf ein, rufft Du mich, verstanden? Sag' ihr, ich müsse mit dem Fräulein dringend ein paar Worte allein reden. Geh' läßt Du nicht anspannen!“
„Ganz wie Sie befehlen!“

Der Diener ging. Edmund wartete, auf und ab schreitend. — Dswald's Ueberredungsgabe gelang das Kunststück. Er konnte seinem Herrn bald günstigen Rapport bringen, und Edmund eilte auf den Hof, huschte in den Thorweg, der noch dunkler als gewöhnlich war, und trat in das Zimmer, an dessen Thür Schällein's Mädchen wartete.

Ein dürftiges Licht brannte ungewiß darin. Die Dienstmagd ging, um im gelegenen Moment Mathilden zu rufen. — Die Zeit verstrich Edmund in peinlicher Erwartung und Angst. Er fühlte eine grenzenlose Freiheit sein Herz durchzittern, fast hätte er fortlaufen mögen. Eben als er mit sich zu Rathe ging, was er thun, ob bleiben oder gehen solle, hörte er Mathildens Stimme im Thorweg:

würde man auf eine solche perfide Verdächtigung hin besten Falles dem Verleumder verächtlich den Rücken zusehen und schweigen, im journalistischen Leben muß man sich leider auch mit solchen Angriffen herumschlagen. Also zwei Worte der Erwiderung! Die „Volks Ztg.“ weiß recht gut, daß jede Polemik, die von unserer Seite gegen fortschrittliche Blätter gerichtet wird, in der konservativen Presse ihr Echo findet. Wenn die „Volks Ztg.“ also jedes solche Echo zu Verleumdungen benützt, so heißt das weiter nichts, als daß ihr jedes Mittel recht ist, uns zu verhindern, daß wir jemals gegen Fortschritt und Manchesterthum auftreten. Wir können ihr dieses kindliche Bemühen, denn dadurch werden weder wir noch unsere Leser jemals in unserer Haltung beirrt werden. Diese Haltung ist durch unsere letzten Bestrebungen ganz unzweideutig bestimmt. Wir kämpfen für die endgiltige Befreiung der arbeitenden Klassen und stehen daher heute im Streite mit den konservativen Blättern — und dann mögen uns die Fortschrittler ihren Beifall spenden. Wir betonen ferner aber morgen ebensogut unsere Gegensätze zu dem linken Flügel der bürgerlichen Parteien — und davon wird uns der gelegentliche Beifall der Konservativen auch nicht abbringen. Die „Volks Ztg.“ aber ist in den Händen fortschrittlicher und nationalliberaler Aktionäre, sie treibt bei den Wahlen Stimmenfang für den deutschen Freisinn und das Manchesterthum, die Volks-Ztg. steht also im tiefsten Gegensatz zu den Bestrebungen der Arbeiter, und doch läßt sie beständig von Arbeiterfreundlichkeit über, weil sie die Arbeiter als Abonnenten als „Bahlvieh“ braucht. Sie spricht in ihrer letzten Auslassung von einem „ebenso gefährlichen wie verächtlichen Spiel“, das die Reaktion einst mit den Arbeitern versucht habe. Ein noch gefährlicheres und noch verächtlicheres Spiel treibt die Volks-Ztg., sie besorgt mit dem Gelde armer, gutgläubiger Arbeiter die politischen Geschäfte des „freisinnigen“ Kapitalismus. Um reinen Tisch zu machen, werden wir dies immer und immer wieder hervorheben.

Was endlich die „Abfertigung“ anbelangt, mit welcher die „Volks Ztg.“ unsere Klagen über ihr Verhalten während der ersten Zeit der Berliner Bewegung erledigt glaubt, so behalten wir uns vor, binnen kurzem darauf zurückzukommen.

Ueber die kirchenpolitischen Aussichten schreibt die „Köln. Ztg.“: „Diese Angelegenheit nimmt urausgesetzt das ganze Interesse der parlamentarischen Kreise in Anspruch. Nach neuester Bestimmung soll die entscheidende Sitzung am Montag stattfinden. Es wird auf die Erklärung ankommen, welche Fürst Bis marck oder ein anderes Mitglied der preussischen Staatsregierung bei der Plenarberatung des Herrenhauses abgibt. Weht solche Erklärung dahin, daß wichtige politische Rücksichten der Regierung die Herbeiführung des kirchlichen Friedens dringend wünschenswert erscheinen lassen, so würde die Vorlage angenommen werden, auch mit den Anträgen des Bischofs Kopp. Es würde dann der Widerspruch der jetzigen Gegner aufgegeben werden, andererseits würde aber die Vorlage zweifellos schon im Herrenhause scheitern.“ — Also: wie Bismarck will, wir halten still!

„Die Branntweinsteuerborlagen gehen ihren gewohlenen

„Aber mein Gott, Mädchen, was kann's denn sein, das Du mir so heimlich zu sagen hast?“

Damit öffnete sie rasch die Thür und trat ein. In demselben Augenblick sah sie Edmund bleich und traurig vor sich. — Sie that einen Schrei und wollte sich umwenden, aber er war Mannes genug, ihre Hand zu ergreifen.

„Ein paar Augenblicke bleibe nur!“ flüsterte er qualvoll. Mathildens Busen arbeitete heftig, Schluchzen erklang sie fast. Endlich lehrte sie ihm ihr Antlitz zu.

„Was wollen Sie, Herr Hennings?“

„Mathilde, nicht so, nicht dieses kalte, fremde — Sie! — Sei barmherzig, erlaube, daß ich mich ausdrücken darf wie sonst!“

„Sie haben bisher dazu keine Zeit gefunden, selbst nicht einmal, seit Sie im Waterhouse sind. Nach dem, was zwischen uns sich bereits geändert hat, mögen Sie das für unnöthig gehalten haben. Es ist auch wohl so! — Sie haben meiner, der ganzen Jugendzeit vergessen. Mein Gott, Sie können nicht dafür, das Herz läßt sich eben nicht hofmeistern.“

„Mathilde, liebe Mathilde, sei nicht so gar ungerecht gegen mich! Wohl fühle ich, daß wir übereilt und mit der Unbefangenheit der Kinderzeit gehandelt, als wir uns, kaum erblüht, für's Leben binden wollten. Aber wenn auch thörichte Wünsche in uns nun den echten Bedürfnissen des Lebens weichen müssen, wenn wir uns auch als Gatten nicht angehören, willst Du mir Deine Freundschaft, die Anhänglichkeit der Jugendgespielin entziehen? Mathilde, kannst Du das?“

„Ich weiß nicht, ob ich so meine Empfindungen unter die schickliche Form stellen kann. Ich kann Ihnen ohne Erörtern, wie das Kind von ehemals, sagen, daß ich Sie liebe, daß ich von keinem andern Manne bisher gewußt und künftighin wissen werde. Ebenso fühle ich auch, daß Sie mich nicht die Ihre nennen können, — nicht wollen! Sie haben mich elend gemacht, aber ich bemitleide und liebe Sie doch, denn Sie haben sich ja am meisten damit weh gethan. Ach, Sie wissen noch nicht — wie wehe!“

„O, zürne mir nicht, Mathilde, jetzt nicht! Ich thue

Feuilleton.

Der Trödler.

Roman von A. G. Brachvogel.

(Fortsetzung)

Diese verhaltene Freude lebte sonderbarer Weise in Edmund nicht, wenigstens nicht diese reine, seltsame Freude, die etwas Kindlich-Naives, etwas Menschlich-Freies hat und sich dauernd, wohlthätig in uns ausbreitet. Hätte er jenes Gefühl, welches er für Freude zu nehmen verblendet genug war, untersuchen können, so hätte er sicher gefunden, daß es theils äußere Sinnenregungen, Bier nach dem Besitze der schönen Wolfenstein, theils befriedigte Eitelkeit, jeder Triumph über Graf Silbern und andere Nebenbuhler, theils der lecke Hoffnungsstraum aufgestachelten Ehrgeizes, Sucht nach Glanz war. Der Schreck, die lähmende Schüchternheit vor seinem nahen Glücke hatte keinen Beigeschmack reeller Freude, sondern einer ängstlichen Spannung, Furcht vor der eigenen That und quälende Erinnerung. Das Andenken Mathildens fuhr ihm immer durch alle Liebesgedanken, und zugleich stiegen gar mancherlei Fragen auf, die sich an den Umstand knüpften: Mathilde wohne in demselben Hause, das Leiseste, was sich in seinem Leben zutrage, jedes Zerwürfniß in der Ehe müsse sie zu seiner Beschämung erfahren. Tausendfache Begegnungen verbitterten schon in der Einbildung sein Leben, er fühlte, daß er nicht Herr im eigenen Hause, nicht freier Mensch sei, so lange Schällein's drinnen wohnten, und heraus-treiben konnte er sie nicht! Lebhafter denn je dachte er an Mathilden, und alle Schmerzen, welche sie um ihn empfinden müsse, traten ihm vor Augen, erfüllten ihn mit tiefstem Mitleid, mit Reue, daß er sie nicht schon längst auf seine Sinnesänderung vorbereitet, nicht wenigstens seiner reinen Bruderliebe versichert habe. Der nahe Termin seiner Vermählung rief ihm wenigstens, noch den letzten Ausweg einer Verständigung zu ergreifen, welche ihm die Achtung seiner Jugendgespielin bewahre.

Weg und werden jedenfalls binnen kurzem den Bundesrath beschäftigen. — So läßt Minister von Scholz durch Herrn Schweinburg der Welt verkünden. Der Blural Brantweinsteuerorlagen zeigt — bemerkt hierzu die „Freie Ptz.“ — daß der arme gute Herr von Scholz, dem es schon nicht leicht fällt, eine einzelne Vorlage auszuarbeiten, wirklich den Befehl erhalten hat, gleichzeitig mehrere Brantweinsteuerorlagen zur Auswähl auszuarbeiten. Der genannte Artikel ergeht sich zugleich in heftigen Reden darüber, daß konservative Blätter aus der Erkrankung des Staatssekretärs von Burchard auf eine Verzögerung in der Einbringung der Vorlagen hätten schließen wollen. Die Vorlagen würden nicht im Reichschoyamt ausgearbeitet, sondern gingen als Anträge Preußens im Bundesrath ein. — Ob Reichschoyamt, ob preussisches Finanzministerium, ob die Untergebenen hier krank und dort gesund sind, ist uneres Erachtens völlig gleichgiltig. Auf den Kanzler und auf diesen allein kommt alles an.

Die Ausdehnung der Unfallversicherungspflicht auf Arbeiter und Betriebsbeamte in Gewerbetrieben, welche sich auf die Ausführung von Tischler-, Gesenker-, Schlosser- und Anschlägerarbeiten bei Bauten erstrecken, ist beim Bundesrath beantragt worden.

Anlässlich der belgischen Unruhen scheint man in Berlin auch einen Augenblick daran gedacht zu haben, die Unterhandlungen mit anderen Regierungen wegen gemeinsamer Maßregeln gegen die Anarchisten wieder aufzunehmen. Man ist aber, nach der Wiener „Neuen Fr. Presse“, davon zurückgekommen, und zwar in der Erwägung, daß derartige Verhandlungen angeht die inneren Beziehungen Englands, Oesterreich Ungarns und anderer Länder jetzt ebensowenig besseren Erfolg haben würden, als vor einigen Jahren, da sie von anderer Seite angeregt waren und, so viel innerlich, besonders das Wohlrecht betrafen. Als das greifbare Ergebnis wurde bekanntlich damals bezeichnet, daß die zuständigen Behörden sich von den Plänen und Bewegungen der Unruhestifter stets rechtzeitig b. h. auf den verschiedenen Staatsgebieten zu treffenden Vorkehrungen in Kenntnig halten würden.

Dem Gedanken einer Verstaatlichung des Versicherungswesens sieht die bayrische Regierung ebenso feindlich wie die preussische Regierung freundlich gegenüber. So erklärte erst vor einigen Tagen wieder der bayrische Minister des Innern, v. Hellwig, die Regierung erachte in Anbetracht ihrer mit den in Bayern konzeptionierten Privat-Feuerversicherungs-Gesellschaften getroffenen Vereinbarungen die Errichtung einer staatlichen Konkurrenzanstalt für inopportun und lehne deshalb den Soden'schen Antrag auf Einführung einer staatlichen Robiliarversicherung ab. Man hege unerfüllbare Hoffnungen betreffs einer Staatsversicherung und unterschätze die Schwierigkeit ihrer Durchführbarkeit. Der von der Regierung beschrittene Weg der Vereinbarung mit den Gesellschaften und der Kontrolle derselben sei sicherer als der von Soden beantragte. Die Regierung halte es für unverantwortlich, jetzt die Konzeptionen der Gesellschaften in Frage zu stellen. Eine Staatsanstalt könne keine größeren Vortheile bieten, als es jetzt die Privatgesellschaften thun. Die weitere Berathung wurde schließlich vertagt.

Anarchistisches. In Aachen wurden dieser Tage zwei Frauen festgenommen, welche in dringendem Verdacht stehen, seit längerer Zeit Exemplare der „Wost'schen Freiheit“ von Belgien nach Aachen geschmuggelt zu haben. Bei einer der Verhafteten soll unter dem Kleide ein Paket anarchistischer Zeitungen gefunden worden sein.

Die sozialdemokratische Versammlung in Ludwigshafen am 4. April zur Besprechung des Landtagswahlgesetzes war aus allen Theilen der Pfalz gut besucht. Es sprachen Ehrhardt-Ludwigshafen, Keppl-Neustadt, Stein-Speyer, Dreesbach-Mannheim und Weig-Ludwigshafen mehr oder minder scharf gegen das indirekte Wahlsystem und für die Errichtung der Sozialdemokraten bei den Landtagswahlen. Schließlich wurde folgende Resolution angenommen: „In Erwägung, daß das Wahlrecht eines der wichtigsten Rechte gegenüber den vielen Verpflichtungen des Staatsbürgers ist, erklären die heute versammelten Wähler aus vielen Orten, ungerührt der Verwerflichkeit des indirekten Wahlrechts, das thatsächlich den Stempel der Klassenvertretung an sich trägt, und auch trotz der vermeintlichen Ausschließlosigkeit, sich an der nächsten Landtagswahl zu betheiligen und zu diesem Zweck eine Kommission zu wählen mit der Ermächtigung, sich zwecks der Agitation zu verstärken; in Erwägung, daß das indirekte Wahlrecht eine reaktionäre Einrichtung ist, die der heutigen Zeit und unseren heutigen Verhältnissen in keiner Weise entspricht, erklärt die heutige Versammlung, eine nachhaltige Agitation ins Leben zu rufen, um das indirekte Wahlrecht durch das allgemeine und direkte mit Wahlen zu ersetzen und für diesen Zweck in Versammlungen und in der Presse zu wirken.“

Wie polnischen Blättern gemeldet wird, sind jüngst fast alle polnischen Beamten der Bofen-Thorner Eisenbahn aus Brestpreußen nach rein deutschen Gegenden veretzt worden.

den höchsten, den schwersten Schritt meines Lebens und will mit Dir wenigstens versöhnt sein! Sei mir Schwester wie in der Kindheit!!“

Rathilde war zusammengeschrumpft! Todtenbleich stand sie vor ihm!

„Sie haben — Ihre Braut gewählt, ich fühl's! Eine schöne, vornehme Braut gewiß! — Ich habe es immer geglaubt, Sie waren nicht für die Tröblerstöchter! — Leben Sie wohl und seien Sie glücklich! Ach, ich fürchte, Sie werden es nie! Ich will Ihnen verzeihen! — Achien — kann ich Sie nimmermehr, Unseliger, über den man weinen muß!“

Sie wandte hinaus. — Wie an Leib und Seele erschlagen folgte ihr Edmund und eilte scheu an ihr vorüber. Im Hofe stand das Dienstmädchen.

„Geh' zu Fräulein Rathilde, sie ist unwohl!“

Er stürzte wie verzweifelt nach der Hinterterre. Da hörte er einen lauten Schrei! Er wandte sich entsetzt um! Im matten Mondlichte sah er, wie das Mädchen Rathilden unterstühte und nach ihren Eltern rief.

Er stieg todesmüde hinauf in seine kostbare Wohnung.

Eine Stunde später fuhr er zur Verlobung. — Startens Anblick rief Edmunds Lebensgeister wieder wach.

Die Feierlichkeit ward solem vollzogen. Graf von Silber, sein Nebenbuhler, Kabinetsrath von Buchmann mit seinen Töchtern, viele Herren und Damen der Aristokratie, Gerichtsrath Korell, des alten Josua Freund, wie verschiedene Künstler und Gelehrte, sämtlich Freunde Edmunds, waren geladen.

Edmund unterschrieb feierlich hinter seiner Braut den Kontrakt. Kubitz, Bildhauer Hakert, Edmunds Intimus, und Graf Silber unterschrieben sich als Zeugen. Die letztere die Feder langsam hinlegte, sagte er ernst und nicht ohne Bewegung zu Edmund:

„Herr Affessor, ich habe hiermit mein eigenes Unglück besiegelt. Ich that es gern, weil mir das Glück der Dame, die ich verehere, höher steht als mein eigenes. Wenigstens werden Sie mir erlauben, daß ich der Freund Ihrer Familie bleiben darf!“

Frankreich.

Während die konservative Presse dem Vorgehen des General Borson in Decageville rückhaltlos Beifall spendet, befreiten die radikalen Organe sowohl die Geselligkeit als die Zweckmäßigkeit der am Schauspiel des Bergarbeiterkreises angeschlagenen Bekanntmachung, und selbst die opportunistischen Blätter finden, daß der General zu viel Energie entfaltet habe. So z. B. meint „Paris“, „der General habe sich seinen belgischen Kollegen Van der Smiffen allzu sehr zum Vorbild genommen“ und mit der Begünstigung aus das Militärverhältnis der in bürgerlichen Stellungen befindlichen Leute eine wahre Kezerei begangen, welche von der Regierung verurtheilt werden müsse. General Borson habe den Wortlaut des Gesetzes unrichtig angezogen; das Gesetz beziehe sich nur auf diejenigen Angehörigen des Heerlautes, Reserve- oder Landwehrstandes, die sich in Uniformmänteln oder mit ihren militärischen Waffen (Gewehr, Säbel, Bajonett) an einer Zusammenrottung betheiligen; in allen anderen Fällen sei das allgemeine bürgerliche Strafgesetz und nicht das drakonische Militärstrafgesetz anwendbar. Der General Borson habe für eine große Klasse von Bürgern eine Ausnahmegerichtbarkeit geschaffen. Die Regierung arbeite unterdessen weiter unter dem Druck der mächtigen Finanziers. Die Verfassung des Deputierten Parly ist, wie es heißt, grundsätzlich beschlossen; die übrigen Deputierten sollen in Decageville von den Gerichtsbehörden überwacht werden, und die Regierung wird bei dem geringsten Vergehen derselben die Erlaubnis der Kammer zu ihrer Verfolgung beantragen. Angesichts dieser unaufhörlichen Provoaktionen ist die Haltung der Streikenden eine wirklich musterhafte.

Die Verhandlungen bezüglich Abschlußes eines Handelsvertrages mit China sind nahezu vollendet und beflehen gegenwärtig nur zwei geringfügige Differenzen mehr formeller Natur. Die Grenzfestsetzung in Tongking wird gegenwärtig in der Gegend bei Langsong fortgesetzt. Die kommerziellen und diplomatischen Kreise beschäftigen sich vielfach mit der Frage der Revision der internationalen Seefahrts-Vorschriften, welche angesichts der immer häufiger werdenden Schiffszusammenstöße dringend geboten ist.

Belgien.

Am 7. früh haben, nach dem „Berl. Tagebl.“, sämtliche Arbeiter der großen Kohlengrube Monceau-Fontaine bei Charleroi die Arbeit eingestellt. Sie verlangen einen Tageslohn von fünf Franken, sowie Reduzierung der bisherigen dreizehnhündigen (!) Arbeitszeit. Gleichzeitig meldet man einen allgemeinen Streik aus der großen Fabrikstadt Nimose im Bezirk Genit, welcher bisher von der Bewegung verschont geblieben war. Die Generalkommission haben telegraphisch sofort militärischen Sulkurs verlangt. 600 Mann Soldaten sollen bereits eingetroffen sein.

Nach der Meldung der radikalen „Reforme“ ist General van der Smiffen, dessen Anknist in Brüssel soeben gemeldet wird, formell abberufen worden, weil er seine Vollmachten überschritt. Sollte der blinde und brutale Eifer des Generals selbst der Regierung missfällig sein?

Ein Theil der Pariser Presse fährt fort, die Deutschen für die Unruhen in Belgien verantwortlich zu machen. Um das Sozialistengesetz durchzuführen, habe Bismarck die Arbeiterunruhen in Belgien und Decageville hervorgerufen. Kocherfort, der den Satz vertritt, hier wie dort sei einzig und allein der Hunger der Anknister der Unruhen, entgegnet den Chauvinisten spöttisch: „Seit 1871 herrscht bei uns in Frankreich eine Monomanie, Bismarck in allem zu wittern. Die Arbeiter verkommen in Hunger, fassen den Entschluß, lieber augenblicklich auf die Arbeit zu verzichten, als in einer Beschäftigung, deren Lohn mit jedem Tage lächerlicher wird, zu Grunde zu gehen; da schreien diejenigen, die sie gern dort arbeiten lassen, ohne zu bezahlen, wieder und wieder, daß sei eine deutsche Bewegung.“

Kleine Fabrikbesitzer, welche die Konkurrenz der großen Etablissements nicht auszuhalten vermögen, also Glieder der besitzenden Klasse, sollen es vielfach gemessen sein, die zum Sturm auf die Großfabriken gehen. Ein Mitglied des Kabinetts des belgischen Königs soll dies dem Vertreter eines Pariser Blattes offen in einer Unterredung zugesprochen haben. „Die bereits eingeleitete Untersuchung — äußerte er — hat ergeben, daß die kleinen Glassabriken dem gegen die großen, konkurrenzfähigeren gerichteten Fortschrittswerke nicht fern gestanden haben. Bei dem Brande der Glasbütte Eugene Baudoux sind entschieden verschiedene kleinere Fabrikanten der Umgegend stark kompromittirt. Das ist der Ursprung der Bewegung, eine andere gibt es nicht.“

Schweiz.

Der Vorstand des Handelsdepartements in Glarus, Herr Bundesrath Drog, hat seiner Zeit eine Expertenkommission zur Begutachtung der Frage einer Ausdehnung des Fabrikgesetzes niedergesetzt. Vor einiger Zeit richtete er ein Birkular an die industriellen Vereinigungen in den Kantonen, worin über eine Reihe von Detailfragen Auskunft gewünscht wurde. Die glarnerische Handelskommission ging, nachdem das

Edmund verbeugte sich und lächelte blöde. Er war verlegen. Weshalb, wußte er nicht.

Die Braut war wie von Blut übergossen und zitterte wie Espenlaub. Eine leise Zähne, welche ihr verrätherisch aus den Wimpern schlich, bemerkte Edmund nicht.

Während des sehr heitern Soupers, als Stadtgerichtsrath Korell mit Edmund anstieß, zog ihn derselbe bei Seite.

„Hören Sie, junger Freund, ich fürchte, ich fürchte, Sie haben da 'nen Schwabenstreich gemacht! — Na, halten Sie nur recht auf Ihren Beruf, öffentliche Ehre hilft Manchem über den häuslichen Jammer, Gott erhalte Sie!“

Durch den Vorgang zwischen Rathilden und Edmund, welcher vor den Eltern nicht verheimlicht werden konnte, war der Schleier gelüftet, welcher bisher auf den luxuriösen Umänderungen im „kalten Stein“ gelegen, und am andern Tage wurde durch die Klauderei der Hennings'schen Dienstleute, wie durch die öffentlichen Zeitungsannonzen die Verlobung des Affessors zur Gewißheit.

Rathildens Zustand schien weniger ein körperlicher als geistig besorgniserregender, und es bedurfte aller liebevollen Pflege der Mutter und Beata's, die herbeigezogen war, bedurfte aller vernünftigen Tröstungen des Vaters, um den wirklichen Ausbruch einer Krankheit zu verhindern.

In der ersten Hitze beschloß Justus bei sich, aus diesem verwünschten Hause zu ziehen. Dann wollte er Frau und Tochter eine Weile auf Land geben. — Beides ließ sich nicht thun, weil Rathilde zu angegriffen war. — Als sie sich erholt hatte, schien Keines nöthig zu werden, denn Rathilde war geheilt; sie verachtete Edmund, und diese Umwandlung ihrer Gefühle und Meinungen gaben ihr den Stolz und die nöthige Energie, sich in seiner Nähe zu wissen und ihm kalt den Rücken zu kehren.

Die Vorbereitungen zur Hochzeit Edmund's und Marie's waren beendet, die alte Baronin bereit in den zweiten Stock eingezogen. Der feierliche Tag brach an, und eine lange Wagenreihe, das Brautpaar voraus, rollte zur Kirche. —

beständige Material aus allen Kantonen eingelaufen, stürzte auf die Sache ein und sprach sich nach dem „Freien Glarner“ für Ausdehnung der Haftpflicht auf alle Gewerbe und alle mit Gefahr verbundenen Betriebe aus; sie erklärte sich ferner in ihrer Mehrheit für obligatorische Versicherung und für Gründung einer Bundeskass. Der Bund sollte nach ihrer Ansicht zu den Prämien ein Viertel beitragen.

Italien.

Aus Piemont werden sozialistische Agitationen unter den Bauern gemeldet. Die Bauern werden zu Sonntagspredigten versammelt, um in die sozialistischen Lehren eingeweiht zu werden. — Im Verein Nuova Italia in Mailand fand eine Hausdurchsuchung statt und wurden alle Papiere mit Beschlagnahm. — In Reggio d'Emilia streikten tausend Arbeiter, deren Wünschen man wahrheitsgemäß gerecht werden wird.

In Padua wurden übertriebene Gerüchte über den Ausbruch der Cholera in der dortigen Garnison. Ähnlichen Bulletin zufolge sind drei Soldaten erkrankt, hiervon zwei gestorben.

Großbritannien.

Die Aussichten auf Verwirklichung der irischen Reformpläne Gladstone's wachsen noch in letzter Stunde bedeutend, da er nach den jetzt einlaufenden Mittheilungen seine Entwürfe von allen überflüssigen Nebenfragen befreit hat, die in weiteren Kreisen der liberalen Partei Spaltungen herbeiführen drohten. Nach einem Privattelegramm der „Wost. Pz.“ aus London bestätigt es sich, Gladstone habe selbst auf die Gefahr, sich die Opposition Bannell's zuzuziehen, seine Homerulebill den Anschauungen der gemäßigten Liberalen so angepaßt, daß deren Annahme ein Prinzip gesichert zu sein scheint. Irland erhält danach ein eigenes Parlament, während England weitgehende Vetobefugnisse ausübt, die Steuern und Bölle erhebt und die Kontrolle über Militär und Polizei behält. Die Länder sollen vom Unterhause nicht ausgeschlossen werden. Chamberlain läßt durch die „Birmingham Post“ erklären, er habe seine Unterhandlungen mit den Toryführern und Hartington als gemeinsamer Bekämpfung der Reformpläne Gladstone's empfunden. Bonfobly konterte gestern mit Hartington und Salisbury. Man glaubt, die Königin wolle sich vergewissern, ob, wenn Gladstone im Falle der Verwerfung der Homerulebill demissionirt, Hartington und Salisbury gewonnen seien, ein Koalitions-Ministerium zu bilden. Daß Gladstone so weit gehen sollte, mit Bannell zu brechen, erscheint allerdings nicht glaubhaft, denn schwerlich würden ihm Zugeständnisse an die Wigs so viel Stimmen eintragen, um den Ausfall der 85 Bannelliten wett zu machen. Man muß nicht vergessen, daß ohne die Bannelliten die Liberalen allein keine Mehrheit haben.

Wie sanguinisch die Irländer noch immer die Lage aussagen, erhellt am besten aus einer Ansprache, die der Abgeordnete T. P. O'Connor vor einigen Tagen in Kennington Hall bei einem Meeting des Kennington Zweiges der irischen Nationalliga hielt, dem u. A. auch die Abgeordneten Deacon, Cox und Nolan anwohnten. Nach einem Hinweis auf die ungeheuren Schwierigkeiten der irischen Frage und nach warmen Lobeserhebungen auf Mr. Gladstone erklärte sich T. P. O'Connor überzeugt, daß Mr. Gladstone fühle, er würde das englische Volk hinter sich haben, wenn die Sache zum Austrage komme, und dieses werde verlangen, daß die große That der Versöhnung mit Irland durch ihn und von ihm, und nur von ihm, geschehen solle. Nachdem Redner die irische Abneigung gegen die Antonsatte, die nach seiner Meinung sowohl den Charakter des Siegers, wie der Besiegten herabwürdigte und das irische Volk zu Feinden Englands gemacht habe, kurz konstatiert hatte, fragte er, ob nicht jedes Land durch die Umwandlung seiner Feinde in ergebene Freunde stärker werden müsse. Welche Hindernisse auch Mr. Gladstone im Wege ständen, er (O'Connor) fürchte nichts für das Resultat, weil Mr. Gladstone selber nichts fürchte. Ein weiterer Grund zur Zuversicht und Hoffnung sei der, daß Mr. Gladstone innerhalb der nächsten Wochen vielleicht drei oder vier Reden gegen die Union halten werde, die deren Schicksal bestimmen müßten. Wenn Mr. Gladstone am Donnerstag um 5 Uhr seine Rede beginne, dann werde um 7 Uhr die Union-Akte todt und begraben (P) sein, und keine Nacht der Erde würde sie wieder zum Leben bringen. Es gebe jetzt keine andere Alternative, als eine Regelung der irischen Schwierigkeit, wie sie die irische Partei und das irische Volk und deren billige Forderungen befriedigen würde, oder eine derartige Anwendung von Zwang, wie sie bisher niemals versucht worden sei.

Spanien.

Auf den Philippinen ist ein Aufruhr ausgebrochen. Die Behörden von Mindanao sandten vier Kanonenboote gegen die ausländischen Eingeborenen ab. Ein Offizier landete mit einer Truppenabtheilung, um die 400 Mann starken Insurgenten aus ihrer Stellung zu vertreiben. Dabei wurden der Offizier verwundet, 5 Eingeborene getödtet. Nachdem sodann eine zweite Truppenabtheilung zur Unterstützung eingetroffen war, ergriffen die Eingeborenen die Flucht.

Daß die ganze Nachbarschaft auf den Weinen war und in die Kirche strömte, um das Brautpaar zu sehen, ist leicht zu begreifen.

Schätzlein blieben daheim. Rathilde war ruhig und erst, nur ein leises Frösteln überließ sie. Justus ging auf und ab.

Endlich war die Trauung vorbei, die Wagen kamen zurück. — Alles stürzte an die Hochzeitstür.

Schätzlein trat vor seinen Laden und, die Pfeife im Munde, die Hände auf dem Rücken, sah er dem Geschehen zu.

Edmund stieg aus und hob Marie, schön wie eine Fee, aus dem Wagen. Als er sich wendete und ihr den Arm bot, um sie in's Haus seiner Väter zu führen, fiel sein Blick auf die kleine Ladenstür. Da stand Justus und lächelte höhnisch.

Edmund wandte und ließ die Hand seiner Braut sinken.

„Ei, was ist Ihnen denn, Bester!“ rief lachend Graf Silber, der die alte Baronin am Arm hatte.

Schnell ergriff Edmund die Hand seiner Braut wieder und führte sie in's blumengeschmückte Portal.

„Hast Du's gesehen? Hast Du's gesehen, Kind, wie dem zu Ruthe war?“ rief flammend der Tröbler und warf die Ladenstür zu. „Ich habe es Euch prophezeit, er werde Dir treulos, er sei ein Lump! Ich hatte recht. Ich sage Euch nun, von heute an geht der mit diesem Schritten seinem Untergange zu! Der Sohn Hennings' wird wie ein Bettler aus seinen vier Pfählen ziehen und froh sein, wenn ihm des Tröbler Justus Kind einen Dissen Brot und einen Lappen schenkt, um der Liebe willen, die seinem Vaters Rache verdient! Tröbel, Tröbel! Alles ist Tröbel, mein Kind, wie das ganze Leben! Nur eine Liebe ist unvergänglich, die Liebe von Eltern und Kind, an die halt' Dich!“

(Fortsetzung folgt.)

Rußland.

Ende März wurde in Dorpat eine nihilistische Geheimdruckeri aufgehoben, welche sich — jedenfalls schon längere Zeit — in der oberen Etage des Hauses Bolownew (am großen Markt) befand. Der in der mittleren Etage desselben Hauses wohnende Dozent der Universität, Doktor Debio, Assistent an der Klinik, hörte seit einiger Zeit Nachts ein verdächtiges Klopfen über sich, welches sich durch seine Regelmäßigkeit auszeichnete und Ähnlichkeit mit dem Geräusche einer sich in Tätigkeit befindenden Druckeri zu haben schien. Er machte schließlich über seine Wahrnehmung dem Dorpater Gendarmen-Obersten Mitteilung und bei der in Folge dessen angeordneten Hausdurchsuchung fand man eine vollkommen eingerichtete Druckeri vor. Fünf Studenten (vier Russen und ein Jude) wurden verhaftet. Sie leisteten keinen Widerstand.

Die Haltung Rußlands, welche allein die Wiederherstellung der Ruhe auf dem Balkan verzögert und verhindert, wird in der ungarischen Presse scharf bekämpft. So schreibt der „Pester Lloyd“ in einem Leitartikel: „Rußland ist der einzige Staat in Europa, dessen Politik eine wirkliche und unmittelbare europäische Gefahr in sich schließt. Denn die russische Politik ist, allein unter den europäischen Staaten, stetig, unbeteiligt, unausweichlich auf eine solche Veränderung der europäischen Karte gerichtet, welche nicht nur eine Erschlüchterung und Bedrohung, sondern eine vollkommene Umwälzung des bestehenden Gleichgewichts zur Folge haben würde. Mag das Testament Peters des Großen schwarz auf weiß im Archiv zu St. Petersburg liegen oder nicht, der leitende Gedanke der russischen Politik bleibt die Eroberung Konstantinopels, die Herrschaft über die Meerengen, und wenn nicht der Besitz der Ballan-Halbinsel, so doch das unbedingte Uebergewicht auf derselben. Damit wäre aber ein Uebergewicht und eine Vorherrschaft seitens Rußlands in Europa begründet, welche nicht nur mit den Interessen der übrigen Staaten, sondern geradezu mit der Ruhe, der Sicherheit, in letzter Instanz mit dem Bestande derselben nicht mehr verträglich wäre und welches diese zu einem Kampfe auf Leben und Tod zwingen würde — gar nicht zu gedenken der innerpolitischen, der den Fortschritt, die Freiheit und Kultur betreffenden, selbst stücklichen und ethischen Folgen, mit welchen ein von der russischen Uebermacht ausgeübter Druck auf ganz Europa, wenigstens auf dem gesammten Festlande lasten würde.“

Balkanländer.

In Athen scheint das Kriegsgewitter wieder zuzunehmen, trotzdem es immer klarer wird, daß die griechische Armee zu einer Aktion gegen die Türkei unfähig ist. Der Kriegsminister soll zwar bei einer Inspektion der Befestigungen von Atria eine kriegerische Ansprache an die Offiziere gehalten haben, in welcher er erklärte, die Truppen würden nicht eher nach der Heimath zurückkehren, bis die Landesherren auf dem Schlachtfelde Genugthuung empfangen hätte, allein thatsächlich sollen nur 45 000 Mann an der Grenze unter Waffen stehen, nachdem 5000 Mann seit der Mobilisirung Krankheiten erlitten und 13 000 Soldaten auf Urlaub entlassen sind oder sich sonst von der Truppe entfernt haben. Schlimmer noch als der Zustand der Armee ist die Lage der griechischen Finanzen und selbst die offiziöse „Nea Epimeris“ muß zugeden, daß es nicht gelungen sei, die in Aussicht genommenen Anleihen abzuschließen oder die Obligationen der 170 Millionen-Anleihe und die Schatzbonds in entsprechender Weise zu plazieren. Politisch ist außerdem Griechenland fast vollständig isolirt. Die Geduld der Mächte wegen Griechenlands ist erschöpft; wenn dieses nicht sehr bald abrüstet oder den Krieg erklärt, wird die Türkei den Ausbruch des Krieges provozieren.

Von maßgebender Seite erklärt man, daß die vor Kurzem aus Berlin verbreitete Nachricht, Fürst Alexander hege die Absicht, sich zum König des vereinigten Bulgariens zu proklamieren, vollständig jeder Begründung entbehrt. In Osmannien sowohl als im Fürstenthume herrschen überall die vollständige Ruhe und Ordnung. Was die Stimmung der Bevölkerung anbelangt, so sei es eine tendenziöse Darstellung, wenn in einigen, namentlich russischen Organen behauptet wird, daß das bulgarische Volk nicht mehr zum Fürsten Alexander halte und dieser bei demselben keine Stütze in seiner Ablehnung des modifizierten Uebereinkommens mit der Türkei finde. Die Verhandlungen der Sobranje, in welcher die legalen Vertreter der Bevölkerung ihre Wünsche und Sympathien offen zum Ausdruck bringen werden, dürften bald das Gegenheil beweisen.

In Petersburg erklärt man die Resultate der Konstantinopeler Konferenz für unbefriedigend, da man zweifelt, daß Oesterreich und England einen Auftrag zur Durchführung an Rußland übertragen werde. Die „Kosowo-Bremja“ meint, die Konferenz solle für den Fall eines ferneren Widerstandes des Fürsten Alexander dessen Absetzung beschließen. Auch das neue serbische Ministerium soll wegen seiner feindseligen Stellung zu Oesterreich in Petersburg Mißfallen erregen.

Amerika.

In New-York hat nach der „N.-Y. Hells.“ vom 27. März

der größte Theil der Bürgerschaft schon seit längerer Zeit die Vermuthung gehegt, daß ein Theil der Stadtrathsmitglieder die Stadt systematisch beschwindelt hat. Jaehne, der Vizepräsident des Stadtraths, hat sofort nach seiner Verhaftung ein Geständnis abgelegt; sein Prozeß, meint das genannte Blatt, wird ohne Zweifel dazu beitragen, die Schwindeler seiner Mitschuldigen, d. h. der Stadtrathsmitglieder, welche ebenfalls für Theilnahme der Konzeßion zum Bau der Broadway Bahn Bestechungsgelder angenommen haben, aufzudecken, damit dieselben ebenfalls zur Verantwortung gezogen werden können. Die inzwischen telegraphisch gemeldet worden ist, sind bereits weitere Verhaftungen erfolgt. Die „N.-Y. Hells.“ hofft, daß man auch dem Hauptgewindler, dem hiesigen „Jale“ Sharp, welcher die Bestechungsgelder vertheilt, an den Krügen geben und das New-Yorker Gemeinwesen endlich für einige Zeit von einer Anzahl Leuten befreien werde, welche nicht nur die Stadtkasse um bedeutende Summen gebracht, sondern auch Schmach und Schande auf die städtische Verwaltung gehäuft hätten.

Parlamentarisches.

Die Interpellation wegen der Weichselüberschwemmung im Abgeordnetenhaus ist von Abgeordneten aller Parteien unterzeichnet und lautet, wie folgt: 1) Welche Resultate haben die amtlichen Ermittlungen über den Umfang der im Weichselgebiet eingetretenen diesjährigen Ueberschwemmungen ergeben? 2) Welche Maßregeln gedenkt die königliche Staatsregierung zur Wiederherstellung der zerstörten bzw. geschädigten Schleusen und Dämme zu treffen? 3) Wird die königliche Staatsregierung sich durch die bei der diesjährigen Ueberschwemmung gemachten Erfahrungen veranlaßt sehen, mit der Regulirung der Weichselmündung schleunigst vorzugehen?

Dem Abgeordnetenhaus ist der Gesetzentwurf zugegangen, betr. den Beitrag Preußens in Höhe von 50 Mil. Mark zu den Kosten des Nordostkanals. Auf die von dem Kanal in landwirthschaftlicher Beziehung zu erwartenden Vortheile sind hierbei 10 Millionen veranschlagt. Die Kosten sollen durch Anleihen nach Maßgabe des Fortganges des Baues aufgebracht werden.

Vereine und Versammlungen.

Herr Hosprediger Stöder und die Berliner Mäntelnäherinnen — so hätte eigentlich die Tagesordnung der Mäntelnäherinnen-Versammlung lauten sollen, die unter dem Vorsitz der Frau Bäge am Montag Abend in Silbers Salon, Schwedterstraße 23, stattfand. Zunächst sprach Frau Bäge über den Nutzen einer starken Organisation für die Arbeiterinnen und empfahl den Beitritt zum Mäntelnäherinnenverein und zum Verein zur Vertretung der Interessen der Arbeiterinnen. Im Verlaufe der Diskussion verlas sie einen Artikel des „Konfessionär“, nach welchem die diesjährige Geschäftslage der Mäntelkonfektion eine außerordentlich günstige sei. Aus der Schweiz, England, Amerika seien übergroße Ordres eingegangen. Die Bedingungen zur Erhöhung der Löhne seien demnach, bemerkte die Referentin dazu, in diesem Jahre sehr günstig. — Frau Bäge machte Mittheilungen über Schneidermeister, die unglaublich niedrige Löhne für die Herstellung von Kindermänteln zahlen, so 30—40 Pf. pro Stück. — Soweit war die Stimmung der Versammlung eine ruhige gewesen, sie wurde jedoch sehr erregt, als Frau Bäge, an die letzte Parteiversammlung der Christlich-Sozialen bei Suggenhausen anknüpfend, sich gegen den Vorwurf vertheidigte, sie habe Anschlag an Stöder gesucht. Sie sagte etwa: Daß ich um die Veranstaltung einer Zellerammlung dort gebeten habe, gebe ich zu. Rede ist mir nicht bewußt. Wie mich Herr Aschendorfer mit Fräulein Ottilie in Verbindung bringen konnte, begreife ich nicht. Ich habe Herrn Aschendorfer bis zu jener Stunde, wo ich wegen seiner Worte zu Rede stellte, nicht gekannt. Ich habe Herrn Singer niemals verdächtigt. Herr Singer hat mir selbst gesagt, daß er höhere Löhne als die anderen Firmen deshalb nicht zahlen könne, weil er sonst bald ruiniert sein würde; lieber verwerde er seinen Verdienst im Interesse der Arbeiter und Arbeiterinnen. (Webhasterei!) Er ist der Einzige gewesen, der unsere Bewegung bis jetzt unterstützt hat, und es würde eine große Ungerechtigkeit von mir sein, um derartige verleumdende Behauptungen, wie sie Herr Aschendorfer vorgebracht hat, auszusprechen. Nur Fräulein Ottilie ist bei Aschendorfer gewesen, Herr Stöder aber ist von einer anderen Person, von Frau Krandemann, befehligt worden. — Frau Krandemann: Ich muß bekennen, daß ich bei Stöder war, aber Frau Bäge hatte das selbe vor. (Lärm.) Mir ist jede Hülfe, von welcher Seite sie auch kommt, recht. Ich war mit dem von Herrn Stöder entwickelten Ansichten vollkommen einverstanden. (Unruhe.) Stöder will nur helfen, er verlangt gar nicht, daß die Arbeiterinnen in sein Fahrwasser einlenken. (Rufe: Wer's glaubt!) Uebles hat Frau Bäge über Singer nicht ge-

sagt. Sie wollte übrigens mit zu Herrn Stöder gehen, aber auf Abmuthen der Frau Dr. Hofmann ließ sie davon ab. Wir wollten es aber heimlich thun! (Widerspruch.) Schneider Jeschonnek: Mir ist nicht jede Hülfe recht, von welcher Seite sie auch kommt. Die Hand des Herrn Stöder nehmen die Arbeiterinnen Berlins nicht an. (Webhasterei!) Frau Bäge handelte unverzeihlich, als sie in einer christlich-sozialen Versammlung eine Zellerammlung veranstaltete. Sie sollte doch wissen, daß Stöder nur in seinem und seiner Partei Interesse etwas thut, Frau Bäge hätte sich an die richtige Quelle, und das sind die Arbeiter allein, wenden sollen. Die ganze Arbeitererschaft würde sie dann unterstützen! (Webhasterei!) — Frau Bäge entschuldigt sich mit dem Hinweis auf den Aufruf und die Statuten des Mäntelnäherinnenvereins; sie habe völlig ahnungslos, ohne Berechnung und ohne Tücke um die Zellerammlung gebeten. „Ja, ich sage, als Frau Krandemann hinter meinem Rücken sich doch auf mich berufend, zu Stöder ging, begab ich mich ebenfalls zu ihm, um mich gegen jeden von Frau Krandemann gethanen Schritt zu verwahren. Ich habe hierbei nichts gegen Herrn Singer geäußert.“ Frau Dehnd, auf die Fel. Ottilie bei Aschendorfer sich für ihre Behauptungen gegen Singer berufen hatte, bekundet, daß ihr Herr Singer mehr für die Arbeit gezahlt habe, als sie zu verlangen hätte. — Nachdem noch zwischen Frau Bäge und Frau Krandemann eine längere Auseinandersetzung stattgefunden hatte, schloß die Versammlung mit der Bewilligung einer Zellerammlung für eine nothleidende Familie, die 10,55 Mark ergab.

h. Zum neuen Tarif der hiesigen Steinträger, der bekanntlich am 1. Mai d. J. in Kraft treten soll, kann sich die liebe „Baugewerks Zeitung“ die böhmische Randgasse nicht verlagern, daß „ob der Tarif durchgeführt wird, zur Zeit eine noch nicht zu beantwortende Frage sei“, daß „aber, wer damit rechnet, ein kluger Mann“ sei und „ein noch klügerer, wenn er sich Maschinenkraft zur Beförderung des Baumaterials für diesen Sommer sichert“. So die Pythia der Berliner Bau-Zanung, Herr Felisch. Wir wollen uns für heute nur auf ein paar kurze Bemerkungen über den jüdischen Drafelpruch jener „Arbeiterfreunde“ beschränken. Zunächst halten wir es für zweifellos, daß man auf die von der Kellame so angepriesene Materialien-Hebemaschine weder mit Furcht noch mit Hoffnung zu blicken sollte und daß der größte Theil dessen, was darüber gesprochen, geschrieben und gedruckt wird, mehr oder minder auf Humbug hinausläuft. Bei der bekannten Art der hiesigen Bauführung und bei der Hast, mit welcher die hierbei allein in Betracht kommenden Privatbauten ausgeführt werden, ist es von vornherein schlechterdings unmöglich, daß es je gelingen wird, Hebemaschinen herzustellen, die den realen Bedürfnissen derartig genügen, um eine beträchtliche Verminderung der erforderlichen Anzahl derjenigen Arbeiter befürchten zu lassen, welche heute zum Heranschaffen der Materialien gebraucht werden. Selbst unter den günstigsten Voraussetzungen wird eine verhältnismäßig bedeutende Anzahl von menschlichen Arbeitskräften unentbehrlich sein, um das Baumaterial (Steine und Mörtel) zur Maschine und von der Maschine zur Arbeitsstätte zu befördern, sie auf- und abzuladen und auf den oft in den verschiedensten Höhenpunkten liegenden Arbeitsstellen zur Vertheilung zu bringen. Die Aufstellung von Dampf- oder sonstigen Kraftmaschinen wird nur äußerst selten in befriedigender Weise möglich sein und das Aufwinden nach wie vor überwiegend durch Handarbeit vollführt werden müssen. Trotzdem soll und kann nicht geleugnet werden, daß die Verwerthung der Maschine zum Heben des Baumaterials nicht ganz ohne unglückigen Einfluß auf die künftige Gestaltung der Verhältnisse des Arbeitsmarktes, speziell für die Steinträger bleiben wird. Da nämlich derjenige Theil der seitherigen Arbeitsleistungen der Steinträger, welcher, wie das Hinaufschleppen der Steine u. auf die Bau-Arbeitsstellen, ein ganz besonders ungewöhnliches Maß von Körperkraft erfordert, durch die Anwendung der Hebemaschine wenn auch seine wesentliche, so doch immer einige Einschränkungen erfahren und außerdem noch der Umstand Blag greifen wird, daß zu den übrigen Steinträgerarbeiten auch gewöhnliche Arbeiter von durchschnittlicher Körperkraft brauchbar sein werden, so wird ohne Zweifel das Angebot von Arbeitskraft sich vermehren und die Lohnhöhe herabgehen. Wenn nun auch voraussichtlich mit der Hebemaschine kaum auf der Mehrzahl der Bauten ein experimenteller Versuch gemacht werden dürfte, so werden doch unter allen Umständen die Steinträger flug und vernünftig handeln, wenn sie sich für alle Fälle der Gefahr rechtzeitig durch den allgemeinsten Anschlag an ihre seit längerer Zeit bestehende und bereits erstarrte Organisation, an den „Fachverein“ der Steinträger und verwandten Berufe, kampfbereit machen und zu energischer Abwehr rufen. Denn nur eine zahlreiche feste Organisation vermag dem wirtschaftlich stärkeren Elemente, dem Kapital, gegenüber Widerstand zu leisten und Erfolge von nur einiger Dauer zu erzielen.

Der Fachverein der Tischler hielt am 3. April eine Mitglieder-Versammlung in Jordan's Salon, Neue Grünstraße 28 ab. Herr Hans Land hielt daselbst einen Vortrag über „Die Werthschätzung des Lebens in unserer Zeit“. Der-

Aus Kunst und Leben.

Im Alhambra-Theater wird am nächsten Sonnabend die früher im Friedrich-Wilhelmsdänischen Theater mit großem Erfolg gegebene Jacobson'sche Fosse „Berliner auf Reisen“ zur Aufführung gebracht. Die Direktion hat diese Vorstellung dem technischen Personal als Benefiz bewilligt. Das technische Personal, aus Theatermeister nebst Gehilfen, Logenklärern u. bestehend, hat keine leichte Arbeit. Der Schauspieler erntet Beifall und Anerkennung, die Mitglieder des technischen Personals müssen still und lautlos, fast unbemerkt ihre keineswegs leichte Pflicht erfüllen. Es ist daher diesen Leuten recht wohl ein volles Haus zu gönnen, und da bei dieser Vorstellung ebenfalls Dons Billigkeit haben, so ist es dem Publikum leicht, das Angenehme mit dem Nützlichen zu verbinden und sich eine angenehme Unterhaltung, den Benefizianten aber einen klingenden Erfolg zu bereiten.

Der Schäfer'sche Männergesangsverein „der Elfer“ hatte am 5. April ein Konzert in der Philharmonie veranstaltet, welches ein glänzendes Beugnis von der Leistungsfähigkeit des Vereins ablegte. Der unermüdete Leiter der Vereins, Herr Otto Schäfer, hatte das Konzert gut vorbereitet, so daß alle Chöre vorzüglich gelangten. Das Programm bot folgende Chöre: „Ostan“ von Beschnitt, „Gefahr“ von Abt, „Ständchen“ von Stürmer, „Der Gondelfahrer“ von Franz Schubert und „Soldatenlied“ von Franz Liszt. Der letzte Chor, eine recht interessante Komposition, welcher von zwei Trompeten und Pauken begleitet wird, erlebte in Berlin seine erste Aufführung; derselbe gefiel besonders und mußte, wie Abt's „Gefahr“, wiederholt werden. Der schwierige „Gondelfahrer“ gelang ganz vortreflich. Sprach, Intonation und Aussprache waren tadellos. Der Verein verfügt über hohe und leistungsfähige Tenöre und ist von demselben Herr Wessel, welcher die verschiedenen Soli's sang, besonders rühmend zu erwähnen. Die Vereinskapelle brachte sieben Stücke zu Gehör und errang durch die saubere Wiedergabe von Kreuzer's Ouverture „Lodoiska u. Metras Valse espagnole“ großen Beifall. Die beiden „komischen“ Vorträge kamen uns ganz komisch vor, denn dieselben paßten gar nicht in das Programm. Ein Verein, welcher die Werke Schubert's, Mendelssohn's, Kreuzer's, Liszt's und R. Wagner's pflegt und gelingen zur Aufführung bringen kann, hat es garnicht nöthig, einigen seiner Gäste den Gaumen zu kitzeln.

Protest gegen einen Don Juan. In der Oper zu Madrid sollte neulich Mozart's „Don Juan“ mit dem Bariton

Enlojo in der Titeltrolle zur Aufführung gelangen; da lief an die Direktion folgender, über 300 Unterschriften tragender Protest ein: „Wir Unterzeichnete, Mitglieder der besten Gesellschaft, durchweg anständige Damen, erklären hiermit, daß der 65-jährige, keine hässliche Enlojo ein ungläubwürdig, ja unmöglicher „Don Juan“ ist, den sich Zuschauerinnen mit einem halbwegs guten Opernglase nicht gefallen lassen können. Mag Enlojo den „Rigoletto“, den „Amonastro“ und ähnliche Rollen geben — aber einen solchen „Don Juan“ lassen wir Spanierinnen und nicht bieten.“ Die Madrider Operndirektion sucht jetzt für ihre anspruchsvollen Theaterbesucherinnen einen „Don Juan“ in den besten Jahren und von angenehmem Aussehen.

Theater-Panik. Aus Rom vom 4. d. wird gemeldet: „Während der gestrigen Vorstellung im Teatro Quirino, wo gegenwärtig die Opern-Gesellschaft Zani gastirt, schlugen während des Zwischenactes nach dem dritten Acte der Operette „Kakadu“ bei herabgelassenem Vorhange aus den geöffneten Fenstern auf der Bühne plötzlich Flammen hervor. Auf der von vielen Personen besetzten Bühne entstand nun eine fürchterliche Panik; die Theaterbesucher stürzten zu den Ausgängen, wo ein gefährliches Gedränge entstand. Unterdessen hatten Feuerwehrmänner das Feuer auf der Bühne schon gelöscht und es gelang dann auch, das Publikum allmählig zu beruhigen. Einzigere Verletzungen sind nicht zu beklagen. Einige Besucher erlitten Querschnitte und leichtere Verwundungen während des Gedränges bei den Ausgängen. Das Feuer entstand durch das Blagen eines Gasrohrs unterhalb der Bühne.“

Ein Duell zwischen zwei Damen. Es handelt sich um ein wirkliches und wahrhaftiges Duell. Die eine der duellirenden Damen, eine Französin Namens Madame Aftie de Voltaire, scheint sehr kampflustiger Natur zu sein, denn sie hatte schon vor einiger Zeit eine Affaire mit einer anderen Französin; die Sache wurde indes noch vor dem blutigen Austrag gütlich beigelegt. Diesmal kam es aber zum Schießen. Madame Aftie belam nämlich Streit mit einer amerikanischen Dame, Miss Shelby, und zwar über die Frage, ob die französische oder die amerikanischen Doktorinnen klüger seien. Der Streit wurde so lebhaft, daß Madame Aftie der Gegnerin ihren Handschuh ins Gesicht warf. Dieser Schimpf konnte nur mit Blut getilgt werden. Hier „echte Dankes“ dienten als Sekundanten, als Waffe wurde der Degen und als Kampfplatz das Schlachtfeld von Waterloo ausgewählt. Am Donnerstag fand das Duell statt, dessen Resultat war,

daß beim zweiten Gang Miss Shelby am Arm leicht geritzt wurde. Damit war den Forderungen der Ehre Genüge geleistet und zugleich nach der Logik des Duells die Streitfrage zu Gunsten der französischen Doktorinnen entschieden. Hoffentlich werden sich diese jetzt bei der „schneidigen“ Madame Aftie entsprechend bedanken.

Herglose Eltern. Unsere Leser erinnern sich noch der sensationellen Nachricht von dem Selbstmorde, welchen die 17-jährige Irma Szercsényi, Tochter des Königsleibschs bei der österr. ungarischen Staatsbahn Josef Szercsényi in Pest, am 18. März l. J. verübt hat, indem sie eine Phosphorlösung trank. (Siehe „Berl. Volksblatt“ vom 1. April d. J.) Irma Szercsényi lebte mit ihrer Stiefmutter in Unfrieden und am 15. März hatte sie einen sehr heftigen Wortwechsel mit derselben, der in ihr den Entschluß, sich das Leben zu nehmen, zur Reife brachte. Vor einigen Tagen hat die Ober-Stadts-hauptmannschaft in dieser Angelegenheit eine Anzeige dem Budapest'scher Strafgerichtshof übermittleit, demgemäß der Vater der Irma Szercsényi, Josef Szercsényi und dessen Gattin Marie Szercsényi der fahrlässigen Tödtung beschuldigt werden. Notizirt wird diese Anzeige damit, daß Irma Szercsényi, welche am 16. März um 10 Uhr Vormittags die Phosphorlösung trank, bis 4 Uhr Morgens des nächsten Tages in ihrem Zimmer gelassen wurde, ohne daß sich dahin ärztliche Hülfe in Anspruch genommen worden wäre, ohne daß ihr Stöhnen und Wehklagen die Eltern veranlaßt hätte, sich auch nur in das Zimmer ihrer unglücklichen Tochter zu begeben und nach dem Befinden derselben zu sehen. Ja sie verboten sogar der Magd, die auf das Wehklagen des Fräuleins zu demselben eilen wollte, das Zimmer zu betreten. Erst um 4 Uhr Morgen wurde die Hülfe eines Arztes in Anspruch genommen, zu einer Zeit, als es bereits zu spät war. — Weiter wird in dem Angelegenheit noch gemeldet, daß an dem Mädchen nach dem Tode ein ebenso seltsames, als bestialisches Verbrechen verübt worden ist. Die Obduktion konstatierte, daß die Todte geschändet wurde. Der Verdacht der Thäterschaft lenkte sich auf einen mit der Bewachung der Kadaver in der Leichenhalle des Rudospitals betrauten Diener, der von der Polizei genommen wurde, aber beharrlich leugnet, das Verbrechen verübt zu haben. Die Akten befinden sich bekanntlich bereits beim Gerichtshof, der die weitere Untersuchung in der Sache zu führen berufen ist. Nach Abschluß derselben wird das Resultat der Direktion des Rudospitals bekannt gegeben, die sodann in eigenen Wirkungskreise vorzugehen haben wird.

selbe führte aus, daß die Frage, welchen Wert das Leben habe, in der Jetztzeit vielfach erörtert worden sei, wobei sich insbesondere zwei Parteien gebildet haben: die Optimisten und die Pessimisten. Referent schilderte sodann die verschiedenen Weltanschauungen, deren Charakter sich stets der von ihnen gebildeten Religion anpaßt. So seien die Indier mit ihren schwerwiegenden religiösen Anschauungen pessimistisch beanlagt, während die alten Griechen voll Lebenslust und Freude sich ihre Götter, ihrer Lebensweise angemessen, schufen und somit dem Optimismus huldigten. Die Völker der christlichen Religion hingegen seien von ernstem, düsterem Charakter und neigten dieselben durch die Lehren ihrer Religion stark zum Pessimismus hin, der noch gestärkt würde durch geistige Größen wie Schopenhauer u. Der Referent verurteilte von seinem Standpunkt die Lehren des Pessimismus, da derselbe die Massen in ihrer „Denkungslosigkeit“ erhalte, während die Arbeiter mit aller Macht nach Verbesserung ihrer sozialen Lage streben müßten. Reichert Beifall lobte dem Redner für seinen Vortrag. Es entspann sich hierauf eine rege Diskussion über die nächste Tätigkeit der Fachkommission. Es werden alle diejenigen Kollegen, in deren Werkstatt noch kein Fragebogen zurückgeliefert, aufgefordert, für ihre Werkstatt einen solchen von der nächsten Habsitzung des Vereins oder bei den Fachkommissionsmitgliedern abzuholen und denselben nach Ausfüllung baldmöglichst zurückzuschicken.

Ludenwalde, 8. April. Am vergangenen Sonnabend fand hier nach langer Zeit wieder eine Volksversammlung statt, welche äußerst zahlreich besucht war. Als Referenten waren Herr Reichstagsabgeordneter Heine und Herr Viesländer aus Berlin erschienen. Nachdem Herr Wilhelm Bismarck zum Vorsitzenden gewählt war, nahm Herr Heine zu seinem Vortrage das Wort. Derselbe bedauerte, daß er gezwungen sei, sich kurz zu fassen, weil er schon am nächsten Morgen in Halberstadt sein müsse, jedoch werde er nach Möglichkeit die ihm gemordene Aufgabe zu lösen suchen. Herr Heine verbreitete sich nun zunächst über die heutige wirtschaftliche Lage im Allgemeinen, sowie über die der Arbeiter im Besonderen und wies nach, wie wenig heute Produktion und Konsumtion im Einklang ständen. Trotzdem fast alle Lager überfüllt seien und Waaren in erstaunlicher Massenhaftigkeit fertig gestellt würden, könne von einer Ueberproduktion im eigentlichen Sinne des Wortes nicht die Rede sein, da die übergroße Mehrzahl des Volkes nicht im Stande sei, auch nur die absolut notwendigen Bedürfnisse zu befriedigen. Dies sei in doppelter Beziehung tief traurig, weil einerseits die Arbeiter durch Entbehrungen aller Art physisch und geistig vor der Zeit zu Grunde gingen, während andererseits eine durchgreifende Besserung doch nur möglich sei, wenn die arbeitende Bevölkerung konsumtionsfähiger, kaufkräftiger werde. Redner zitierte dann aus den Jahresberichten der Fabrikinspektoren, wie in vielen Industriebezirken noch eine unerhörte lange Arbeitszeit herrsche und in welchem Umfange die Frauen und jugendlichen Arbeiter zur Arbeit in den Fabriken herangezogen werden. Man dürfe sich unter solchen Umständen nicht wundern, daß die Arbeiter schon so früh dem Sleichium und Tod verfallen, die Statistik entrolle hierzu ein überaus trauriges Bild, welches wohl dazu angethan sei, der Gesetzgebung zum endlichen Einschreiten Veranlassung zu geben. Allein im Reichstag sei die Mehrheit einem wirklichen Arbeiterschutz abgeneigt. Die Konservativen behelten zwar fortwährend davon, dem „kleinen Mann“ zu helfen, ihre „Hilfe“ bestiehe aber darin, denselben die wenigen Rechte und Freiheiten noch mehr zu verkürzen und ihm das Brod und die allernotwendigsten Lebensmittel höher zu besteuern. Dies nenne man „Sozialreform!“ Nicht viel anders sei es mit den Liberalen oder Freisinnigen, welche der alten, abgenutzten Manchestertheorie ergeben, sich dagegen sträubten, daß der Staat seine arbeitenden Bürger ausreichend schütze. Zum Schluß betonte Redner noch besonders, daß zu den Arbeitern nicht nur diejenigen zu rechnen seien, welche physisch thätig seien, sondern, um mit Herd, Freiligrath zu reden, auch Alle, welche „mit Feder und Hirn hungierend pflügen“. In diesem Sinne bitte er den Begriff „Arbeiter“ aufzufassen.

Nunmehr ergriff Herr Viesländer das Wort, um auf einige vom Vorredner berührten Punkte näher einzugehen. Man wisse — so führte derselbe etwa aus — von gewisser Seite mit großer Vorliebe immer darauf hin, daß die Lage der Arbeiter sich im Laufe der Jahre bedeutend gebessert habe, indem dieselben in früherer Zeit bei Weitem nicht eine solche Existenz hätten führen können, wie sie heute den Arbeitern bereits im Allgemeinen gesichert sei. Ein solcher Vergleich sei aber gänzlich unzutreffend. Man müsse immer mit den Verhältnissen rechnen. Heute sei es doch nicht mehr angänglich, sich in Thierställe zu hüllen, wie es während unsere Vorfahren gemacht hätten, welche natürlich auch nicht das Bedürfnis hatten, eine Zeitung oder ein Buch zu lesen, da dergleichen Dinge noch nicht vorhanden waren. Jetzt müsse sich aber der Arbeiter schon aus dem Grunde ausgedruckten Werken zu belesen suchen, weil er ohne jede Kenntnis von den vorhandenen Dingen nirgends sein Fortkommen finde. Das Streben des arbeitenden Volkes nach Verbesserung seiner Lage sei gleichbedeutend mit dem Ringen nach höherer Kultur. Je weniger Bedürfnisse ein Volk

habe, um so niedriger sei auch sein Kulturstandpunkt. We-daher gegen die moderne Arbeiterbewegung sei, der müsse als ein Kulturfeind betrachtet werden. Man mache denen, welche für die Sache der Arbeiter eintreten, stets den Vorwurf, daß sie zur Unzufriedenheit aufreizten. Es komme aber doch vor Allem darauf an, ob die Unzufriedenheit eine berechtigte sei. Würden jene Leute, welche mit diesem Schlagwort immer bei der Hand sind, einmal etwas mehr nachdenken, so müßte sich ihnen doch unwillkürlich die Erkenntnis aufdrängen, daß die Unzufriedenheit die Triebfeder aller Kultur ist und daß wir ihr alle Fortschritte zu danken hätten, auf welche wir heute zurückblicken können. Schließlich erwähnte Redner die Anwesenden, stets auf dem Posten zu sein, wo ihr Interesse in Frage komme, vor allen Dingen sei es notwendig, daß ein Jeder ein Blatt lese, welches mit aller Kraft für die Interessen der Arbeiter eintrete. (Lebhafter Beifall.) Da sich mehrere Redner nicht zum Wort meldeten, so schloß der Vorsitzende die musterhaft verlaufene Versammlung.

2. Ziehung d. 1. Klasse 174. Königl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 8. April 1884.
Kur die Gewinne über 60 Mark sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigefügt.
(Ohne Gewähr.)

82 97 116 23 24 99 280 73 75 386 451 540 42 48 673 [90] 92 [90] 740 54 58 [120] 61 810 72 923 42 47 85 [90] 1098 185 [90] 220 34 55 72 253 59 135 39 62 638 44 707 66 812 56 66 76 86 900 6 55 2031 54 91 101 3 46 70 91 231 [90] 40 42 [180] 44 66 70 811 436 [180] 504 81 [180] 32 38 89 [90] 612 [90] 40 43 97 [110] 825 69 [90] 84 99 983 3042 90 121 23 60 97 268 305 78 489 98 548 57 86 613 18 47 51 66 [200] 784 [90] 99 813 921 35 95 4014 60 64 97 [180] 190 224 26 362 72 422 79 500 605 87 722 34 61 [90] 801 6 20 43 85 97 303 36 [90]

5034 49 114 201 [120] 85 346 [90] 64 65 83 411 12 42 500 12 24 612 92 603 41 47 77 95 707 20 87 911 23 49 55 6176 3 9 25 77 518 20 614 [90] 15 72 83 88 717 32 [150] 49 52 56 [90] 68 880 909 16 20 33 [90] 47 89 7027 75 180 [120] 241 48 98 [180] 327 58 87 [90] 472 570 632 85 741 53 90 803 16 51 85 88 902 8022 96 122 288 89 302 [90] 80 92 [120] 451 64 501 16 77 67 28 51 76 80 711 71 98 807 49 43 59 61 940 81 1110 19 94 201 4 34 87 95 320 40 [90] 68 [120] 455 503 98 671 97 98 [180] 809 946 [150] 96

10035 64 100 41 70 229 31 83 98 341 417 75 90 512 [120] 18 48 609 47 80 [90] 82 752 882 99 908 24 34 39 [90] 83 11143 236 39 365 79 88 411 48 82 98 541 86 780 84 805 90 99 902 60 [90] 67 12040 66 169 74 [90] 88 96 250 60 83 348 [180] 406 98 624 740 71 850 99 957 87 13016 90 134 248 58 79 97 99 315 25 73 [90] 428 44 54 535 674 98 768 899 982 14024 67 91 [150] 104 14 34 56 67 90 310 25 65 613 655 76 89 911 92 [120]

15016 92 101 5 44 [90] 95 [120] 99 218 44 [90] 60 351 91 407 55 61 515 [90] 22 98 693 [90] 94 791 906 47 [90] 67 68 73 10008 150 69 [120] 79 213 57 308 30 405 98 508 9 32 51 81 88 634 87 721 81 [90] 875 80 900 12 44 95 17017 [300] 81 118 242 64 321 89 465 512 [90] 96 [150] 608 62 83 89 720 69 [90] 75 82 83 829 43 96 942 79 [120] 18027 159 81 221 308 10 12 76 78 96 436 [90] 41 52 [90] 75 665 70 72 90 [120] 627 51 [180] 96 818 86 980 19100 47 83 261 76 312 473 96 [180] 635 625 [90] 56 785 808 29 87 [90] 99 928

20038 81 348 49 75 85 99 [120] 481 85 530 33 61 [300] 689 98 701 36 85 811 [90] 51 902 [90] 93 21003 9 30 [120] 68 91 253 58 79 339 416 22 34 525 [180] 86 650 65 761 71 800 27 28 41 43 71 934 48 22009 46 [90] 61 85 118 34 [90] 88 220 60 89 349 50 80 95 448 521 31 47 63 665 791 95 856 76 87 23051 113 52 83 222 36 39 308 14 23 29 33 47 484 [90] 677 712 38 72 81 892 953 78 24038 51 [90] 83 100 91 279 342 423 578 679 859 933 38 66

25032 90 84 142 [90] 304 21 93 426 68 93 531 672 703 64 847 70 81 919 24 46 74 97 24027 99 153 63 69 243 64 [90] 83 468 691 750 73 90 806 68 978 96 27000 15 68 [90] 105 87 61 267 415 96 534 52 [90] 70 [120] 79 86 633 [90] 63 [90] 90 92 704 [90] 8 823 9 30 28032 56 58 93 139 270 435 63 535 [120] 676 77 709 12 16 23 24 801 21 914 38 70 79 22019 24 91 100 [90] 72 [120] 88 224 [120] 37 63 348 63 449 61 63 67 600 32 [90] 42 795 900

30039 95 [90] 189 398 541 604 86 731 86 96 974 96 31035 205 [90] 64 [120] 93 [120] 349 [90] 98 448 58 81 6 6 32 49 602 [3000] 13 93 761 [150] 809 906 62 66 69 78 32041 71 101 87 63 77 225 97 389 95 442 529 52 76 92 98 685 [90] 791 810 31 73 916 [90] 95 33091 111 56 59 98 230 87 [90] 331 [90] 430 82 516 47 [120] 57 69 614 90 [90] 92 770 88 84 864 911 34010 12 39 127 45 258 51 300 28 420 [120] 31 55 85 [90] 513 22 48 70 616 81 87 776 831 89 910 21 47 92

35051 98 165 [90] 72 219 [90] 39 96 300 518 24 639 89 705 [120] 51 801 14 [90] 65 67 68 76 83 89 [90] 925 69 909 70 98 34045 56 59 135 36 202 [90] 65 39 82 85 331 438 [90] 612 90 715 67 892 [90] 944 [90] 68 37080 145 209 29 30 317 26 27 62 429 [120] 87 516 51 48 90 611 38 60 751 82 813 926 62 92 38002 91 142 232 340 79 517 18 633 34 69 99 [90] 710 33 868 889 906 60 39014 114 55 221 25 68 90 372 74 519 40 734 89 843 72

40012 101 26 72 228 53 56 397 432 [180] 67 557 76 [120] 645 60 718 36 884 89 921 43 49 52 53 41078 139 257 96 410 515 [90] 69 80 91 654 [90] 889 941 [120] 54 42108 76 88 244 51 65 92 93 357 60 463

551 44 51 92 643 44 78 792 871 929 43003 74 80 193 99 [90] 639 [150] 99 732 [90] 50 [150] 54 804 55 91 958 99 44116 22 73 78 95 232 59 99 335 59 69 83 412 20 [90] 551 78 80 92 600 60 78 716 91 807 43 57 88 927 53

45016 76 78 85 166 [90] 202 [90] 12 38 52 351 61 [150] 81 400 1 505 20 92 604 91 724 [90] 801 9 39 60 84 901 29 30 37 74 44029 93 [90] 94 169 204 334 77 496 519 47 52 [90] 667 79 706 96 815 47017 70 [90] 77 180 86 263 315 49 415 40 608 [120] 73 [90] 78 823 914 79 48036 [90] 82 101 63 361 451 535 36 58 6 8 21 60 70 54 811 13 41 902 48027 [180] 54 135 [90] 204 9 10 16 73 336 [90] 56 [90] 406 95 79 591 793 98 [90] 806 12 78 83 97 916 [180] 42 65 [120] 71 85

50012 88 78 102 95 215 16 39 86 346 79 406 41 89 93 623 81 773 80 877 914 71 61013 45 84 170 71 206 41 81 386 [1500] 442 70 661 76 87 738 88 827 39 44 913 27 [90] 53 76 77 52020 [120] 353 54 85 86 410 84 502 662 75 877 908 31 53007 41 141 45 63 288 331 65 87 427 72 504 81 [1500] 621 36 728 93 [90] 917 27 43 54020 80 128 213 46 70 807 38 459 [120] 78 596 [90] 626 [90] 767 86 907 61

55067 111 12 48 901 83 214 67 76 408 58 610 41 51 53 69 [90] 94 714 [90] 29 808 97 914 50000 47 71 101 [90] 32 49 76 [150] 246 [90] 77 880 401 48 71 84 539 42 53 68 623 33 63 720 74 810 20 28 55 74 934 38 54 67 68 37008 46 90 105 74 76 251 320 [90] 90 96 442 50 560 72 651 710 13 57 87 89 848 62 80 900 [90] 68 58101 98 244 97 344 434 69 [150] 90 570 602 72 85 723 56 [90] 800 800 43 72 951 60 59090 74 188 242 44 [120] 325 42 [180] 418 50 75 91 507 84 648 783 85 882 [90]

60096 [90] 147 350 [90] 79 [90] 567 [90] 672 876 902 6 1010 79 87 97 206 49 78 353 93 [90] 487 575 606 682 7 361 94 [90] 477 96 507 47 613 741 908 24 91 74 76 63425 91 130 85 77 83 91 95 213 14 312 14 413 42 56 87 [9000] 622 95 623 51 86 96 702 19 [150] 841 [90] 98 44070 93 121 38 [150] 69 227 56 352 69 [90] 426 93 653 605 70 700 2 34 51 86 [150] 88 91 872 960

65031 155 70 23 450 59 81 552 66 669 93 704 31 [90] 34 30 89 814 20 36 944 56 60007 47 57 [120] 65 154 67 78 89 900 214 30 60 90 367 [90] 410 57 86 545 606 751 99 55 821 28 61 68 91 960 67008 142 278 98 350 84 439 78 553 97 618 24 35 41 60 82 759 86 816 73 [90] 923 73 [90] 81 68021 48 74 81 88 121 48 68 64 200 17 84 330 492 521 [120] 60 61 48 77 743 48 61 69 88 813 73 914 33 60015 54 139 73 235 79 338 58 61 94 95 411 50 93 513 45 90 98 641 66 723 26 829 85 43 44 95 937 51 62 89

70037 117 35 42 43 58 207 14 18 25 36 55 358 [90] 78 [90] 540 638 58 [150] 66 [90] 84 709 49 804 65 97 938 48 710 36 66 [90] 86 14 38 [90] 208 [180] 82 97 [15000] 338 42 62 [120] 66 75 83 451 522 63 60 60 50 80 [120] 87 770 834 40 60 916 30 57 68 72051 118 [90] 49 96 200 2 [90] 3 39 50 82 [90] 345 48 [90] 60 73 405 607 80 83 606 18 [120] 22 22 25 [90] 92 99 850 65 [90] 88 943 73038 38 42 86 [90] 116 31 41 210 23 38 347 456 95 510 [120] 694 707 76 91 901 13 51 72 80 98 74030 62 112 218 25 46 304 411 14 21 22 504 615 30 [90] 740 44 67 74038 [90] 81 [120] 137 357 [90] 90 421 42 62 597 [90] 709 12 47 70117 93 243 94 314 437 54 547 56 72 615 [90] 90 92 823 26 82 27 [120] 917 77003 6 33 [90] 74 [90] 258 323 43 44 533 85 613 53 62 52 916 65 78027 28 239 [150] 56 320 27 52 55 60 [90] 463 633 [90] 710 95 [90] 919 79054 247 309 42 75 55 422 881 682 725 803 919 32 52 80041 95 213 [120] 17 316 468 86 94 544 641 96 705 [90] 16 21 96 825 43 941 49 53 74 [90] 81217 49 [180] 57 58 75 436 53 76 81 94 529 [90] 41 93 683 707 10 985 82049 129 42 204 35 64 93 [90] 451 654 78 [90] 702 7 14 76 77 96 816 9 [120] 37 912 14 60 83016 124 31 81 90 201 51 69 443 60 569 616 24 75 714 21 56 901 80 [90] 96 97 84082 230 [180] 39 49 [90] 64 323 88 487 88 590 [90] 98 615 22 [90] 39 776 86 806 41 937 69 [90]

85020 27 [120] 176 208 40 91 317 485 565 605 [120] 98 726 811 24 29 [120] 66 70 924 [120] 25 86094 33 66 94 163 75 [120] 321 41 [90] 64 622 [90] 672 764 87 93 879 910 20 83 [90] 87012 143 [90] 61 222 97 353 489 532 99 622 705 99 801 959 71 88018 19 61 159 66 329 34 420 90 642 701 62 866 79 909 97 89037 [90] 84 98 113 230 63 305 9 10 [90] 14 47 64 76 [90] 412 40 575 617 43 711 15 77 91 918 61 90031 64 181 92304 69 487 827 60 788 908 25 42 91189 95 233 227 429 30 603 637 74 803 29 92020 183 326 403 41 78 554 [90] 69 70 814 48 [90] 54 900 [90] 65 81 93011 56 233 373 90 491 506 655 [150] 69 [90] 764 810 55 69 903 94017 181 [90] 82 906 84 424 37 98 [90] 541 51 809 700 56 60 85 873 [90] 909 17 64 71 74 76 89

Theater.

Freitag, den 9. April.

Opernhaus. Die Hochzeit des Figaro.
Schauspielhaus. Ein Sommernachts Traum von Schlotheim.
Deutsches Theater. Nathan der Weise.
Wallner-Theater. Letzte Aufführung von Hofmann's Töchter.
Residens-Theater. Frau Doctor, Schwant in 3 Akten von F. Ferrier u. D. Bocage.
Welle-Alliance-Theater. Drittleutes Gastspiel des Herrn Felix Schweighofer mit den Mitgliedern des Friedrich-Wilhelmstädtischen Theaters. Zum ersten Male: Scheu vor dem Minister, Lustspiel in 1 Akt von Sobotta. Krieger im Frieden, Genrebild mit Gesang in 1 Akt von Denton. Zum Schluß: Frühere Verhältnisse, Posse mit Gesang in 1 Akt von Nestor.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater. Der Jägerbaron, von Job. Strauß.
Walhalla-Theater. Das Lachende Berlin. Vortext aus der Berliner Theatergeschichte mit Gesang und Tanz in einem Vorspiel und 3 Akten von Jakobson und Willen.
Central-Theater. Der Stabs-Trompeter.
Viktoria-Theater. Der Müller und sein Kind.
Opern-Theater. Die Loreley, romantisches Schauspiel in 5 Aufzügen.
American-Theater. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Alhambra-Theater.

Wallnertheaterstraße 15. [1200] Heute:

Die Räuberherberge im Walde.

Große Märchen-Posse mit Gesang in 4 Akten von Friedrich Dopp.
Vor der Vorstellung:

Konzert der Hauskapelle.

Anfang des Konzerts Montags 7 Uhr, der Vorstellung 7 1/2 Uhr.
Anfang des Konzerts Sonntags 6 Uhr, der Vorstellung 7 1/2 Uhr.
Besuch haben Montags Gültigkeit und sind im Theaterbureau (12-1 Uhr) gratis zu haben.

Vorstellung 1 Tr. 9 U. — 10 U.
Kaiser-Panorama.
Zum ersten Male: II. Abteilung: Das malerische Savoyen.
I. Einzug vom Schott. Hochland. Bertha-Keise. a. Keise 20 Pf. Kinder 10 Pf.

Große Mitgliederversammlung des Jahvereins der Former u. verwandten Berufsgenossen

1292
Sonntag, den 11. d. M., im Salon f. Deutsch. Kaiser, Voßbringerstr. 37, Vorm. 10 Uhr.
L.D.: 1. Vortrag. (Ref. wird in der Versammlung bel. gemacht.) 2. Diskussion. Verschiedenes. Fragelösen. Güte will. Neue Mitgl. werden aufgen. Der Vorstand.

Zentral-Kranken u. Begräbnis-Kasse der Buchbinder.

Sonnabend, den 10. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, in den Arminiahallen, Kommandantenstr. 20.
Hauptversammlung. 1296
L.D.: Kassen u. Kontrollbericht. Besprech. üb. Beschid. d. Generalversamml. Verschiedenes. Ohne Zutritt d. kein Einlaß. Der Vorstand.

General-Versammlung der Mitglieder des Vereins f. Wahrung der Interessen der Klavierarbeiter

1293
Sonnabend, den 10. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, in Grätwil's Sälen, Kommandantenstr. 77/79, (unten).
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn Alex Richter über: Ist der Mensch göttlichen Ursprungs oder nicht?
2. Wahl des ersten Vorsitzenden.
3. Vereinsangelegenheiten.
Die Quittungsbücher legitimiren. Kollegen, welche dem Verein beitreten wollen, sind hierzu eingeladen.
NB. Die Kolleg., welche mit ihren Beiträgen im Rückstande sind, werden aufgefordert, dieselben zu begleichen. Auch wird ersucht, die Billets vom Maskenball so schnell wie möglich abzugeben.
Der Vorstand.

Zusserordentliche Mitglieder-Versammlung des Jahvereins der Steinträger

Berlins findet Sonntag, den 11. April, Vormittags 10 Uhr, bei Scheffer, Fiehlstraße 10, statt. Tagesordnung: 1. Vierteljähriger Kassenbericht. 2. Die Notwendigkeit eines großen Unterstützungsfonds. 3. Innere Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.
Die Mitglieder werden dringend ersucht, recht zahlreich zu erscheinen. [1287]

Eine öffentliche Versammlung der Mäntel-näherinnen u. Tricotnähern-Arbeiterinnen findet Freitag, den 9. April, Abends 8 1/2 Uhr, im Konzerthaus Sanssouci, Kottbuserstraße 4a, mit folgender Tagesordnung statt: „Die Par-teien und die Berliner Mäntel-näherinnen-bewegung.“ Herren haben Zutritt. [1290] Die Einberuferin: Rosa Böge.

Die Buchdruckerei von Max Bading

Berlin SW., Beuth-Strasse 2
empfehlte sich zur
Anfertigung von Druck-Arbeiten
jeden Genres
bei prompter und solider Bedienung.
Kosten-Anschläge und Muster werden auf Wunsch gern übersandt.

Zentral-Kranken- u. Begräbnis-Kasse für Frauen u. Mädchen (G. S. 26 Offenbach a. M.).

Sonntag, den 11. April, Nachmittags 3 Uhr, in Grätwil's Bierhallen, Kommandanten-Strasse 77/79:
Hauptversammlung.

General-Versammlung der Maurer Berlins und Umgegend

Sonntag, den 11. April, Vormittags 10 Uhr, im Konzerthaus Sanssouci, Kottbuserstr. 4a.
Tagesordnung:
Wie ist unsere gerechte Forderung von 50 Pf. Stundenlohn am besten zu erreichen? Verschied. Die Lohnkommission der Maurer Berlins. 1294 J. A.: F. Höhn, Pallfadenstr. 9.

Vorläufige Anzeige

1295
Den Schuhmachern a. Nachricht, daß Montag, den 12. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, Brunnenstr. 140, b. Größ, eine öffentl. Schuhmacher-Versamml. stattfindet. Thema: „Der Beschäftigungsnachweis.“ Es soll damit den Kollegen des Nordens Gelegenheit geboten werden, sich über diesen Punkt auszusprechen, und werden dazu der Reichstags-Abg. Adersmann sowie Obermeister Schumann brieflich eingeladen.
Der Einberufer.

Meinen Freunden u. Genossen empfehle ich mich a. Anfertigung v. Malerarbeiten jeder Art, Schilder, Stub. u. auch überm. ich d. Tapezier. u. Wohn. f. Suchholz, Waldemarstr. 28, Quers. 11.

Heu. Joh. Wolf, Wasserhofsstraße 55.
Kraft Boull. u. Ullrich, a. 10 Pf. Mittags (Sonn-mannst) a. 40 Pf. m. Bier, Abends u. Bel. bill. u. g.

Suchen ersähen:
Die Sozialdemokratie vor dem Deutschen Reichstag
Stenographischer Bericht der Verhandlung des Deutschen Reichstages am 19. Februar 1884. Zweites Heft.
Zu beziehen durch die Expedition, Zimmerstraße 44.
Suchen ersähen Nr. 27 des
„Wahren Jakob“.
Zu beziehen durch die Expedition, Zimmerstraße 44.

Arbeitsmarkt.
Ein Schriftstiftograph a. Feder. a. Post verlangt Moneche, Spandauerstr. 58.

Blecharbeiter,
welche nachweisl. auf Weißblech gearb. werden. 1298
Vothhoff & Wolff, Triftstr. 12.

Herrnschneider für gute Beschäftigten
außer dem Hause können sich melden bei
J. Schwarz, [1297]
Dresdenerstraße 86,

Beilage zum Berliner Volksblatt.

Ar. 84.

Freitag, den 9. April 1886.

III. Jahrg.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

85. Sitzung vom 8. April, 12 Uhr.

Vom Tische des Bundesrathes von Bronsart und von Voeltcher.

Eingegangen sind die mit dem Häuplinge des rothen Volkes zu Quocanas, mit den Bastards zu Kelsoboth und mit den Herios abgeschlossenen drei Schutz- und Freundschaftsverträge vom 2./9., 15./9. und 21./10. 1885, sowie die am 3. 11. 1885 erfolgte Beitrittserklärung des Häuplings Omarturo zu den letzteren Verträgen.

Das Haus tritt in die zweite Beratung des vom Grafen Rolke eingebrachten Gesetzentwurfs, betreffend die Abänderung des Militärpensionsgesetzes nach den Beschlüssen der Kommission. (Referent v. Mantuffel.)

Ohne Debatte werden die §§ 9 und 21 genehmigt, nach welchen die Pension der Offiziere oder im Offiziersrang stehenden Militärärzte um $\frac{1}{60}$ (statt bisher um $\frac{1}{100}$) für die nach dem 1. April 1885 erfüllten Dienstjahre steigen soll. (Diesen Termin für die rückwirkende Kraft des Gesetzes hat die Kommission eingefügt.)

Abg. v. Bollmar beantragt eine Aenderung der auf die Pensionen der Unterlassen (Feldwebel, Sergeanten, Unteroffiziere und Gemeine) bezüglichen Bestimmungen und die Pensionshöhe zu erhöhen. Diese Anträge werden besonders diskutiert.

Abg. v. Bollmar (Sozialdem.): Mit Rücksicht auf die Einsamkeit, in der ich heute spreche, fasse ich mich kurz, aber das Material und der darin liegende Gedanke sollen nicht in der Kommission begraben werden, sondern hier im Hause zu einiger Geltung kommen. Meine Partei steht dem ganzen Gesetze durchaus nicht negativ gegenüber, obwohl ihre prinzipielle Haltung in Bezug auf das Heerwesen bekannt ist. Aber nachdem das Heerwesen in seiner gegenwärtigen Gestalt einmal vorhanden ist, interessieren uns auch seine Einzelheiten, wie sind jederzeit für möglichste Verbesserung namentlich der Unterlassen eingetretten und können und nicht rein negativ zu einem Gesetze erhalten, das eine Art militärischer Alters- und Unfallversicherung darstellt. Aber die Lage in ihrer ursprünglichen und jetzigen Gestalt verdirbt unsern besten Willen, mitzuwirken. Sie handelt nur von den Offizieren, als machten die Offiziere ganz allein das deutsche Heer aus. Die große Masse des Heeres, Unteroffiziere und Soldaten, sind vollkommen vergessen, und das Motiv der veränderten Verhältnisse, das man für die Verbesserung der Lage der Offiziere nicht mit Unrecht anführt, gilt doch auch für die unteren Klassen. Auch die betreffende militärische Literatur spricht fast immer nur von den Offizieren, die sich selbst den Invalidenfond erworben hätten, als wären die Unteroffiziere und Soldaten an dieser Erwerbung nicht theilhaftig gewesen. In der Kommission vermied ich es, eine vollkommene Aenderung des Pensionierungssystems für die Unterlassen vorzuschlagen, um mir nicht den Vorwurf der Obstruktion zu ziehen, sondern begnügte mich, das bestehende Gesetz in dem Hause annehmbarer Weise zu amendiren; das Bessere sollte nicht der Feind des Guten sein. Ich lehnte mich dabei an die Schrift des Obersten v. Francois an, meines Wissens des einzigen militärischen Schriftstellers, der sich mit den Pensionsverhältnissen der Unterlassen beschäftigt und ihre Verbesserung verlangt hat. Er geht darin sogar weiter als ich. Die Behauptung, daß die unteren Klassen eigentlich besser in der Pension gestellt seien, als die Offiziere, beruht auf der Auffassung, daß das Volk geringere Bedürfnisse habe, als die standesgemäß lebenden höheren Klassen. Ich halte das System gewisser Abstraktionen in den Gehältern keineswegs für ganz verwerflich, aber der Grund eines standesgemäßen Lebens, wenn er überhaupt geltend gemacht wird, fällt im Volke ebenso ins Gewicht. Das in Wahrheit Entscheidende ist das nackte Bedürfnis, und für dasselbe wird in den beiden oberen der fünf Klassen zur Genüge gesorgt. Man hat außerdem gesagt, die Sache koste zu viel und wir würden die letzten sein, die es für diese Zwecke neue Steuern bewilligten. Dieser Einwand trifft nicht zu, weil die unteren Klassen der Militärpersonen genau dieselben Rechte haben wie die oberen. Sodann handelt es sich hier um eine Schuld des Reichs an die, die im Felde oder in Ausbildung niedriger Dienstpflichten Schaden erlitten haben. Ich glaube aber überhaupt nicht, daß der finanzielle Effekt meines Antrages ein so ungeheurer ist, daß daran die Sache scheitern könnte. Man hat weiter gesagt, daß neue Einrichtungen in diesem Stadium der Beratung das Gesetz zum Falle bringen könnten. Nun, wenn die Regierung ein Gesetz, das sie selbst als ein notwendiges erklärt, bis jetzt verzögert hat, nur um die Kommunalsteuerfreiheit der Offiziere zu retten, so können die Offiziere auch noch so lange warten, bis die Unteroffiziere in das Gesetz hineingekommen sind. In der Kommission hat man viel von Sympathien für die unteren Klassen gesprochen, man hat gesagt, daß auch für sie etwas geschehen müsse, wenn sich die Nothwendigkeit herausgestellt hat, etwas für sie zu thun. Auch der Kriegsminister hat betont, daß er auch die Interessen der unteren Klassen vertrete. Aber von sympathischen Worten haben dieselben nichts, und um so mehr sollte die Volksvertretung sich daran erinnern, daß die Gelegenheit, auch für jene etwas zu thun, sich nicht sobald wieder bieten wird. In der Kommission ist die Vermuthung ausgesprochen, daß die Sozialdemokraten im Plenum wiederum Deklamationen veranstalten und sich als die einzigen Vertreter des Volks hinstellen würden. Befürchten Sie nichts, solcher Deklamationen bedarf es nicht. Die unteren Klassen werden schon aus den Thatfachen selbst abmessen, wie sich die Parteien dieses Hauses und wie sich unsere Partei zu Vorschlägen auf eine Verbesserung ihrer Lage stellt. Sollte die Mehrheit des Hauses für dieselbe eintreten, so würde ich sehr erfreut sein, aber ich glaube, daß ich auch bei dieser Gelegenheit allein stehen werde. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Kriegsminister Bronsart von Schellendorff: Es ist meine Pflicht, mich über diese Frage eingehend zu äußern, weil auch den verbündeten Regierungen daran liegen muß, daß nicht etwa durch die soeben gehörten Ausführungen das Reichsgeld im Volke verwirrt werde. Der Vortragende meinte, die Höhe für die Unterlassen müßte erhöht werden, weil die Offiziere etwas bekämen und weil ein Bedürfnis vorläge. In Bezug auf den ersten Punkt verfolge man doch nicht, daß die wesentliche Erhöhung der Pensionshöhe der Unterlassen vom Jahre 1871 mit der gleichzeitigen Erhöhung der Offizierspensionen, die jetzt hoffentlich durchgeführt werden wird, seitens der verbündeten Regierungen ins Auge gefaßt war. Man kann also nicht sagen: die Offiziere bekommen jetzt etwas, darum müssen die Unterlassen auch etwas bekommen, sondern richtig wäre es zu sagen: die überverhältnismäßige Erhöhung, die 1871 den Unterlassen zu Theil wurde, wird jetzt nachträg-

lich auch den Offizieren bewilligt. Vergleichen man die „Versorgung“ der Offiziere und der Unteroffiziere, so muß jeder Unbefangene zugeden, daß die der Unterlassen verhältnismäßig besser und ausreichender geregelt ist, als die der Offiziere, daß die Verhältnisse der ersteren seit sechs bis acht Decennien den Pensionsverhältnissen der Offiziere gegenüber so erheblich überwiegend gefördert worden sind, daß es wirklich ein höchst bedenkliches Unternehmen ist, zu sagen, daß, weil für die Offiziere etwas geschieht, nun auch für die Unteroffiziere etwas geschehen müsse. Selbstverständlich erkenne ich voll an, daß es notwendig ist, den unteren Klassen zunächst und in auskömmlicher, verhältnismäßig höherer Weise zu helfen, als den oberen Klassen, und wenn der Vortragende sagte, es handle sich hier um eine Art von Alters- und Unfallversicherung, so glaube ich, daß es sich die Armee zur Ehre anrechnen kann, die erste gewesen zu sein, die in dem Pensionsgesetz ein Unfallversicherungsgesetz und zwar ein sehr durchgearbeitetes gehabt hat. Was die Bedürfnisfrage betrifft, so habe ich bereits in der Kommission erklärt, daß selten Anträge um Erhöhung der Pensionshöhe an das Kriegsministerium gelangen. Recht häufig sind dagegen die Fälle, wo Leute, die bisher keine Pension erhalten haben, um Pension einkommen. Diese Gesuche werden vom Rechtsstandpunkt bezw. auf Grund des Allerhöchsten Erlasses vom Jahre 1884 mit bestem Gewissen geprüft. Die Klagen gehen gewöhnlich dahin, daß in Folge einer starken Familie oder anderer wirtschaftlichen Nachtheile sich die Pension als nicht ausreichend erweise. In solcher Lage aber befinden sich auch viele andere Leute, die nicht Soldat gewesen sind. Wir in der Militärverwaltung sind übrigens in der Lage, im Wege der Unterstützung in solchen Fällen viel Gutes zu thun. Man hat nun gesagt, die Klagen kämen gar nicht an das Kriegsministerium. Das ist möglich, aber der Weg der Klageführung beim Kriegsministerium ist den Leuten sicher nicht fremd, da sie sich in vielen anderen Angelegenheiten an dasselbe wenden. Außerdem aber würden, wenn die Pensionshöhe nicht ausreichte wären, Anträge von Gemeindeverbänden an uns gelangt sein; da kein einziger Antrag an die höhere Instanz gelangt ist, so behaupte ich, daß ein allgemeines Bedürfnis zu einer Verbesserung der Pensionshöhe nicht vorhanden ist. Wenn auf die Niedrigkeit der Höhe hingewiesen ist, so werden die niedrigen Sätze von 2, 3, 6 M. nur gewährt an Leute, die kaum in ihrer Erwerbsfähigkeit beschränkt sind. Das mag nicht viel sein, aber für die ländliche arbeitende Bevölkerung ist auch ein Zuschuß von 6 M. recht angenehm. Die Leute bestritten davon ihre Wohnung und die Steuern. Der Herr Abgeordnete hat dann noch von dem finanziellen Effekt seiner Anträge gesprochen. Derselbe würde, wenn ein Bedürfnis vorläge, gewiß nicht in Betracht kommen. Das Bedürfnis liegt jetzt nicht vor. Aber die Militärverwaltung wird diese auch in Zukunft mit Aufmerksamkeit verfolgen und nicht zögern, mit Anträgen an Sie heranzutreten, sobald sich ein Bedürfnis herausstellt. Die Militärverwaltung ist sehr oft im Kampfe mit Zivilverwaltungen, um den Kreis der Stellungen zu erweitern, welche den ehemaligen Militärs zugänglich gemacht werden sollen. Sie kann sogar noch weiter gehen in meinen Wünschen. Wie König Heinrich IV. von Frankreich für jeden Unterthanen, kann ich für jeden Invaliden am Sonntag ein Huhn im Topfe wünschen. Wenn das aber nur auf Kosten anderer Leute geschehen kann, so sehe ich nicht ein, warum invalide Soldaten eine Versorgung erfahren sollen, welche über das Maß dessen hinausgeht, was ihnen nach ihrem Stande zukommt. Aus diesen Gründen bitte ich Sie, die Anträge des Abg. v. Bollmar abzulehnen. (Beifall.)

Abg. v. Schallha (Bmt.): Meine Partei hat schon in der Kommission gegen den Antrag v. Bollmar Stellung genommen. Was der Antrag Bollmar bezweckt, ist durch diese Fürsorge für die Invaliden längst abgedeckt worden. Die Pensionäre hätten verhungern müssen, wenn sie auf den Antrag zu warten gehabt hätten. Nach meiner Kenntniß erwarten die unteren Klassen der Armee die lebhafteste Fürsorge von dem Wohlwollen der Offiziere, und darin täuschen sie sich nicht. Dieses Pensionsgesetz wird zu der Verjüngung der Armee führen, und es ist nur zu bedauern, daß es nicht schon vor 4 Jahren beschlossen worden ist.

Abg. Baumbach (deutschfrei.): Ich muß den Grundgedanken des Bollmarschen Antrages als einen berechtigten anerkennen. Der große Apparat von Gründen, welchen der Kriegsminister heute ins Treffen führte, spricht dafür, daß dieser Antrag so ganz und gar jeder thatsächlichen Unterlage nicht entbehrt. In meiner Berufstätigkeit habe ich mich davon überzeugt, daß eine Verbesserung der Pensionen der unteren Klassen notwendig ist. Namentlich wäre den früheren Gemeinen eine Verbesserung wohl zu gönnen. Daß die Lage der Invaliden sich gegen früher sehr gebessert hat, ist gewiß sehr erfreulich. Es war ja auch bezeichnend für die Nation, diejenigen, welche auf dem Felde geblutet, auf die Drehorgel hinzuweisen. Der Kriegsminister hätte aber beweisen müssen, daß der jetzige Zustand ein wirklich guter und zufriedenstellender sei. Dieser Beweis ist nicht geführt. Wir stimmen gegen dieses Gesetz und damit gegen den Antrag des hochverehrten Grafen v. Rolke, hauptsächlich deshalb, weil die Frage der kommunalen Besteuerung der Offiziere in einer für uns ungenügenden Weise und auf einem Wege geregelt wird, den wir mitzugehen nicht gewillt sind. Nach der gestern dem preussischen Abgeordnetenhaus zugegangenen Kommunalsteuervorlage soll das Dienst-einkommen der Offiziere von der Kommunalsteuer absolut frei bleiben. Darüber ließe sich ja eine Verständigung erzielen. Es soll aber auch das Privateinkommen, das sogenannte Gehaltsgut der Offiziere, steuerfrei bleiben und nur eine Art und Weise der Heranziehung stattfinden, die nach unserm Dafürhalten vollständig unzureichend ist. Wir sind auch deshalb gegen dieses Projekt, weil wir eine Reichssache nicht zur Landesache machen wollen. Was des Reiches ist, soll des Reiches bleiben.

Abg. Meyer (Jena, nationallib.): Der Antrag Bollmar ist im Einzelnen und in Bezug auf die Durcharbeitung des Materials nicht hinreichend vorbereitet, um damit eine Aenderung des Gesetzes vornehmen zu können. Nach der Zusage des Kriegsministers habe ich das Vertrauen, daß die Kriegsverwaltung die Initiative nach dieser Richtung ergreifen wird, sobald sich das Bedürfnis herausstellen sollte.

Abg. v. Köller (kons.): Auch meine Partei wird gegen den Antrag Bollmar stimmen. Die freisinnige Partei scheint der Regelung dieser Angelegenheit jede nur mögliche Schwierigkeit in den Weg legen zu wollen. Erst war es die kommunale Besteuerung der Offiziere, jetzt ist es der Antrag Bollmar, welcher diesem Zwecke dient. Herr Baumbach beruft sich auf seine Berufstätigkeit. Es handelt sich hier doch nur um Kriegsinvalide, und da haben wir seit 1870/71 ganz andere Erfahrungen gemacht. Die Fälle, wo trotz der Pension noch Bedürftigkeit vorhanden ist, sind außerordentlich selten. Durch den Invalidenversicherungsschein haben die unteren Klassen einen

Vorzug, den die Offiziere entbehren. Für diese sind höchstens 132 Stellen in der Postverwaltung zu vergeben möglich, und wenn die Offiziere auch in anderen Branchen unterkommen, so haben sie doch nie ein Recht zur Anstellung in denselben. Deshalb möchte ich den Herrn Kriegsminister auffordern, möglichst dafür zu sorgen, daß den pensionirten Offizieren Vortragsstellen gegeben werden. (Zustimmung rechts.)

Abg. Richter: Was mich veranlaßt, schon vor 3 Jahren die Pensionsaufbesserung der Unterlassen zu beantragen, war nicht etwa die Meinung, das Kriegsministerium sei gegenüber den Ober- und Unterlassen tendenziös verfahren, oder daß Pensionsystem der Unterlassen sei falsch, sondern es war das praktische Bedürfnis, das mir aus ungemein zahlreichen Zuschriften aus den unteren Militärklassen als mindestens ebenso groß und dringend wie für die Offiziere erkennbar wurde. Daß von solchen Zuschriften wenig in die oberen Instanzen gelangt, will ich wohl glauben, denn das Petition der Leute richtet sich immer nur auf einzelne Fälle; sie nehmen gar nicht an, daß ihre Eingabe der Anstoß zu einer Aenderung der Gesetzgebung werden könne. Mit Herrn v. Köller kann ich in einer Hinsicht einverstanden sein, nämlich bezüglich der Vergütung von Vortragsstellen. Hier hätte das preussische Finanzministerium alle Veranlassung, der jetzigen Art der Vergütung, die geradezu ein öffentliches Aergerniß bildet, ein Ende zu machen. Niemand begriff, warum die Stellen an Leute vergeben werden, die keine Spur eines Anspruchs nachweisen können. (Beifall.)

Abg. v. Bollmar weist den Vorwurf zurück, daß sein Antrag mangelhaft begründet sei. Dem Invalidenversicherungsschein der Unterlassen ständen für die Offiziere durchaus äquivalente Rechte in Stellungen bei der Post und der Militärverwaltung selbst gegenüber. Redner wendet sich sodann gegen einzelne Ausführungen der Abgg. v. Schallha, v. Köller und Meyer (Jena) und erwidert namentlich legerem, daß er (Redner) dem Abg. v. Benda auf seine Worte, man müsse dem erhöhten Bedürfnis gegenüber, da der Invalidenfonds nicht mehr ausreichen dürfte, auch das nöthige Geld bewilligen, gesagt habe, er sei bereit, dies zu thun, aber nicht dort heranzunehmen, wo eigentlich nichts zu holen sei, wo man es den Leuten nur aus der Tasche nehme.

Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff: Der Abg. Baumbach will aus dem großen Apparat von Gründen, den ich gegen den Antrag v. Bollmar vorgebracht haben soll, erkannt haben, daß ein Kern von Wahrheit in dem Antrage enthalten sei. Ich glaube doch nicht vorgebracht zu haben, was für den Antrag spricht. Er hat mich auch mißverstanden, wenn er meinte, ich hätte die Bedürfnisfrage damit aus der Welt schaffen wollen, daß ich erklärt hätte, es sei in der letzten Zeit sehr viel für die Unterlassen geschehen. Ich habe nur gesagt, daß 1871 in ganz auskömmlicher und reichlicher Weise für die Unterlassen gesorgt worden ist, während die Anforderung der Regierung, auch für die Offiziere etwas zu thun, damals abgelehnt und zurückgestellt wurde. Jetzt geschieht also für die Offiziere etwas nachträglich. Nun ist gesagt worden, gerade die Gemeinden würden betroffen. Wenn Sie sich aber das Gesetz vergegenwärtigen, namentlich in Rücksicht auf die verschiedenen Gründe der Invalidität bezw. die größere oder geringere Erwerbsfähigkeit, so ist der geringe Unterschied garnicht bedenklich. Bei Entscheidungen im Falle von Kriegsinvaldität verschwinden überhaupt die Unterschiede immer mehr, je größer die Beschränkung der Erwerbsfähigkeit ist. Der Abg. Meyer (Jena) hat mich aufgefordert, die Sache im Auge zu behalten. Wenn jetzt die Petitionen spätlich eingegangen sind, so zweifle ich nicht, daß dieselben in Folge dieser Debatten reichlich fließen werden. (Weiterkeit.) Dann werde ich dieselben mit aller Gewissenhaftigkeit prüfen und nicht anstehen, Ihnen eventuell eine Rechnung auszuweisen. (Beifall und Weiterkeit rechts.)

Abg. Windthorst: Die Fürsorge für die Unterlassen liegt uns genau so wie die für die oberen am Herzen. Die Regierung hat selbst gar keine Anträge in dieser Richtung gestellt, wir sind also gar nicht in der Lage, die Angelegenheit zu prüfen, um so mehr, als die Regierung auch das Bedürfnis verneint und angeht, es sei für die Militärklassen, welche im Antrage v. Bollmar in Frage kommen, die nöthige Fürsorge getroffen, für Offiziere dagegen nicht. Dann kann doch der Reichstag nicht ohne Weiteres einen solchen Beschluß fassen, das ist gegen parlamentarischen Brauch. Es fehlt uns jedes Bild über die finanzielle Bedeutung des Antrages, deshalb ist eine Annahme des Antrages ganz unmöglich. Was nöthig ist, soll geschehen, aber wir haben auch das Interesse der Steuerzahler zu berücksichtigen; die werden nicht pensionirt. (Beifall im Centrum; Weiterkeit.)

Die Diskussion wird geschlossen und der Antrag v. Bollmar gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. Art. I. gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Freisinnigen unverändert nach den Kommissionsvorschlägen angenommen, bezgl. Art. II., welcher für die seit dem 1. April 1882 in den Genuß der Pension getretenen Offiziere die Erhöhung derselben nach Art. I. anordnet.

Nach Art. III. soll dem Gesetz rückwirkende Kraft mit Beziehung auf diejenigen Offiziere gegeben werden, welchen für die Theilnahme am Kriege von 1870/71 mindestens ein Kriegsjahr in Anrechnung gebracht worden ist.

Das Haus stimmt nach kurzer Debatte dem Art. III. zu.

Die übrigen Artikel des Gesetzes inll. der Bestimmung, daß das Gesetz mit dem Tage seiner Verkündung in Kraft treten soll, werden ohne Diskussion nach den Kommissionsvorschlägen angenommen.

Auch an die von der Kommission proponirte Resolution:

„Der Reichstag spricht das Vertrauen aus, daß die nach dem Reichshaushalts-Etat zur Allerhöchsten Verfügung stehenden Mitteln dazu dienen werden, auch eine dem Bedürfnis entsprechende Verbesserung der Lage derjenigen bereits ausgeschickten Offiziere u. herbeizuführen, welche nicht unter den Artikel III des Gesetzes fallen“ eine Debatte nicht; die Abstimmung über dieselbe wird in der dritten Lesung erfolgen.

Eine Reihe von Petitionen, welche als zur Erörterung im Plenum nicht geeignet erachtet worden sind, erklärt das Haus ohne Debatte für erledigt.

Hiernach kommt der vom Abg. Junggreen eingebrachte Gesetzentwurf, betreffend die Gleichberechtigung der dänischen und der deutschen Sprache als Gerichtssprache, zur zweiten Beratung.

Nach § 1 des Entwurfs sollen in denjenigen Distrikten des Herzogthums Schleswig, wo die dänische Sprache die Kirchensprache, oder wo die Kirchensprache gemischt ist, die dänische und die deutsche Sprache bei den Amtsgerichten, dem Schwur- und Landgerichte gleichberechtigt sein.

Nach einer kurzen Debatte zwischen den Abg. Junggreen und Hartmann (lonk.) wird der § 1 gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Polen und des Antragstellers abgelehnt; der Abg. Junggreen verzichtet hiernach auf die weitere Beratung seines Antrages.

Es folgt die Beratung von Petitionen.
Eine große Anzahl von Mitgliedern von Eisenbahn-Krankenkassen bittet darum, daß bei Krankheiten, welche sechs Tage und länger dauern, für die ersten drei Tage und für die Sonntage das Krankengeld gezahlt wird. Nach der Vorchrift des Gesetzes beginnt die Zahlung des Krankengeldes erst mit dem vierten Tage.

Auf den Antrag der Kommission werden diese Petitionen dem Reichskanzler zur Erwägung überwiesen.

Hierauf wird ein Betätigungsantrag angenommen.
Schluß 4 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Freitag 12 Uhr (zweite Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Unzulässigkeit der Pändung von Eisenbahnbetriebsmitteln; dritte Beratung der Unfall- und Krankenversicherung für land- und forstwirtschaftliche Arbeiter; erste und event. zweite Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend den Anspruch des Statthalters von Elsaß-Lothringen auf Pension und Wartegeld; Wahlprüfungen.)

Abgeordnetenhaus.

59. Sitzung vom 8. April, 11 Uhr.

Am Ministerische: von Boetticher und Kommissarien.

Eingegangen ist eine Interpellation der Abg. v. Minnigerode und Graf Ranig, betr. Maßregeln gegen den Preisrückgang der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und Herbeiführung einer weiteren Steuererleichterung der Kommunen und kommunalen Verbände.

Bei der dritten Beratung des Gesetzentwurfs, betr. die Errichtung und Unterhaltung von Fortbildungsschulen in den Provinzen Westpreußen und Posen, findet eine Generaldiskussion statt.

In der Spezialdiskussion bemerkt zu § 1:
Abg. v. G a u g w i z, es wäre nach den Vorkenntnissen des Vertreters der Regierung in der Kommission in Aussicht genommen, von denjenigen Städten, welche bis jetzt aus eigenen Mitteln Fortbildungsschulen unterhalten haben, den freiwilligen Beitrag weiter zu fordern. Er erblickt darin namentlich im Hinblick darauf, daß jetzt leicht von den Schulen mehr gefordert werden könne, für die kleinen und weniger leistungsfähigen Kommunen ein privilegium odiosum und daher eine Gefahr für die Sache, auf die er die Aufmerksamkeit des Ministers zu lenken wünsche.

Unterstaatssekretär Dr. v. M o e l l e r erwidert, daß eine derartige Gefahr nach dem Wortlaut des Gesetzes nicht bestehen könne. Vielmehr werde die Gemeindevverwaltung sich für berechtigt erachten, in jedem einzelnen Falle zu prüfen, ob eine Kommune in der Lage sei, einen Beitrag zur Unterhaltung der Fortbildungsschulen fortzuführen, oder ob es sich empfehle, die Kosten ganz auf den Staat zu übernehmen.

§ 1 wird hierauf angenommen.
§ 2 handelt von der Verpflichtung zum Besuche von Fortbildungsschulen an Orten, wo dieselbe nicht durch Ortskräfte begründet ist; an Sonntagen sollen die Stunden des Hauptgeschäftsdienstes vom Unterricht frei bleiben.

Abg. F r h r. v. H a m m e r s t e i n beantragt, unterstützt von Mitgliedern der konservativen Partei und des Zentrums, zu beschließen, daß der Unterricht überhaupt an Sonntagen nicht erzwungen werden dürfe. Rasse man für Sonntage die Möglichkeit eines Zwanges bestehen, so schaffe man ein neues religiöses Agitationsmittel, einen neuen Hinterspalt unter den Konfessionen. Wie strenge seien die Juden in ihrer Sabbatbeibehaltung, da dürfe in Gymnasien ein Jude nicht gezwungen werden zu schreiben. Und hier wolle man Sonntags den Arbeitserzwang einführen. (Hört! recht.) Das Rechnen, Zeichnen und Deutsch-Lernen gehöre doch nicht zum religiösen Ausbau des sittlichen Menschen. Er warne dringend vor jedem Zwange, der nur geeignet sei, die Widerständigkeit und Neigung zur Disziplinlosigkeit der heranwachsenden Jugend zu steigern.

Unterstaatssekretär Dr. v. M o e l l e r ist gerade der Ansicht, daß durch Annahme des Antrages der wirksamen Handhabung des Gesetzes jeder Grund und Boden entzogen werde. Es könne dies vielleicht in Frage kommen, wenn es sich um die ganze Monarchie handle (hört! recht und im Zentrum); hier ständen aber nur zwei Provinzen in Frage. Beseitige man die Möglichkeit, den Besuch zu erzwingen, so nehme man dem Gesetz seine eigentliche Tendenz, dem Polonismus entgegenzusetzen zu können.

Abg. v. K a u s c h a u p t ist nach trefflicher Ueberlegung zum gegenbeteiligten Entschlusse gekommen. Seiner Meinung nach liege in der inneren Ausbildung ein Teil der Erfüllung des dritten Gebotes. Der innere sittliche Wert der Schule bewege ihn, dem Staate das Recht zu geben, an Sonntag Nachmittagen den Unterricht anzuordnen. (Beifall.)

Abg. W i n d t h o r s t steht im Gegenteil die größte Gefahr darin, wenn man die Sonntagsbeibehaltung beschränke. Dieselbe sei voll und schön zum Ausdruck gebracht in einem protestantischen Kirchenliede wo es heiße: „Du sollst von Arbeit stehen ab, damit Gott Arbeit in dir hab!“ Der Sonntag gehöre allein Gott und dem Gottesdienste, damit die Arbeit an anderen Tagen gedeihe. Je mehr man von der Religion abkomme, desto näher komme man den sozialistischen Lehren und führe denselben die Jugend entgegen. Auch die durch den Zwang des Staates zum Ausdruck gelangende Staatskompetenz steuere in derselben Richtung zum sozialistischen Staat. Um eine puritanische Sonntagsheiligung handle es sich nicht, sondern darum, gerade die ärmeren Leute ihrem Familienleben zu erhalten; thue man dies nicht, so schaffe man mürrische, unzufriedene Leute. Zu diesem Ende beantrage er, im Antrage Hammerstein hinter Sonntagen noch zu fügen „und Festtagen“. Er bitte die Regierung, von ihren materialistischen Anschauungen abzulassen und die konservativen Partei getreu ihren alten Prinzipien dem Kollegen v. Hammerstein, aber nicht dem Kollegen von Kauchhaupt zu folgen. (Beifall im Zentrum.)

Staatsminister v. B o e t t i c h e r: Die Anschauung des Abg. Windthorst ist im Grunde ganz dieselbe, wie die der Regierung, sie hält die Heiligung des Sabbats für geboten und die religiöse Erziehung für die sicherste Grundlage eines gedeihlichen Staatslebens. Aber der Vorwurf ist ungerechtfertigt, daß die Regierung dematerialistisch- sozialistische Ziele verfolge, ungerechtfertigt namentlich in einem Augenblicke, wo die Staatsregierung und besonders die Kultusverwaltung bestrebt ist, dem Willen des Monarchen entsprechend, Alles zu thun, um dem Volke die Religion zu erhalten. (Beifall rechts.) Hier handelt es sich darum, ob durch den Unterricht an Sonntagen Nachmittagen die sittlich-religiöse Erziehung leidet. Diese Frage beantwortet ich mit kühler Ueberzeugung durch „Nein“. (Sehr gut! links.) Die Regierung ist der Ueberzeugung, daß die Fortbildung des Volkes auch ein Gottesdienst ist. (Sehr gut! links.) Deshalb bitte ich Sie, den Antrag von Hammerstein abzulehnen.

Abg. F r h r. v. Z e d l i z spricht sich gegen den Antrag v. Hammerstein aus. Wenn der Abg. Windthorst das Haus habe schreden wollen durch Hinweis auf den wachsenden Anarchismus und gesagt habe, nur die Kirche könne da helfen, so frage er, wie dies mit den Ergebnissen in unserem Nachbarlande Belgien, wo ein kirchliches Regiment bestimme. (Verbäster Beifall bei den Nationalliberalen und den Konservativen; särmlicher Widerspruch im Zentrum.) Er

bitte den Antrag abzulehnen, denn durch denselben würde eine Art Privilegium auf Nichtbesuch der Fortbildungsschulen entstehen.

Nach Schluß der Diskussion, an der sich noch die Abg. R i d e r i, P f a f f und v. H a m m e r s t e i n beteiligten, werden zunächst die Anträge Windthorst und von Hammerstein, letzterer gegen die Stimmen des Zentrums, der Polen und etwa 20 Konservativen, abgelehnt, und sodann in namentlicher Abstimmung § 2 mit 184 gegen 107 Stimmen angenommen. In der Minderheit befinden sich Zentrum, Polen, die Mehrheit der Freikämmerer, die Konservativen, von Gerlach, (Waldteig), v. Hammerstein, Jacobs (Dentheim), von Meyer (Arnswalde), Meyer von Selhausen, von Puttkamer (Blauth), F r h r. v. d. R e d, S o d, Schnatzmeier, S ü d m e y e r, v. W e b e l, R a l c o w, W o l f, ferner der Däne Lassen und Abg. Gremer (Zellow). Mit der Majorität stimmen die liberalen Wilden Berger, L o t t i c h u s, S o m m e r, S p i e l b e r g und die Freikämmerer Baseler, F l i n s c h, S i m o n (Fraustadt), U h l e n d o r f f und W i s m a n n.

Das Gesetz im Ganzen gelangt ebenfalls mit großer Mehrheit zur Annahme.

Es folgt die dritte Beratung des Schulversäumnisgesetzes.

In der Generaldiskussion bemerkt
Abg. Dr. W e h r (Dtsch.-Crone), daß er für die Vorlage stimmen werde, obwohl er mit dem Abg. v. Puttkamer (Blauth) die Befürchtung heile, daß sie bei den mangelhaften Schulverhältnissen auf dem platten Lande in der Provinz Westpreußen zu großen Härten führen werde. So lange man nicht in ausreichendem Maße neue Schulen einrichte, sei Abhilfe nicht zu erhoffen. Die Mittel, welche der in Aussicht gestellte Nachtragset für diesen Zweck darbiete, dürften nicht in gar zu homöopathischen Dosen zugemessen werden, auch wisse man gar nicht, ob der Nachtragset überhaupt noch an den Landtag kommen werde.

Geh. Rath K ü l l e r: Voraussetzlich wird der Nachtragset schon in den nächsten Tagen an das Haus gelangen.

Das Gesetz wird darauf mit großer Mehrheit definitiv genehmigt.

Ohne Debatte passiert der Gesetzentwurf zur Abänderung des Gesetzes, betreffend die Landeskreditkassen in Kassel, die erste und zweite Lesung.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.
Schluß 1 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr.
(Gesetzentwurf, betreffend die Heranziehung der Militärpersonen zu den Kommunalabgaben. Bericht der Staatsschuldenkommission, Rechnungsdberichte.)

Kommunales.

Stadtvorordneten-Versammlung.

Sitzung vom Donnerstag, den 8. April.

Der Stadtvorordnete-Vorsteher, Herr B ä c h t e m a n n, eröffnet die Versammlung um 5 1/2 Uhr mit geschäftlichen Mitteilungen. Zunächst wird die Einführung des im 7. Kommunal-Wahlbezirk I. Abtheilung zum Stadtvorordneten gewählten Rentiers E. H e i l b o r n vollzogen. Die Abtheilungen haben die Wahl von 15 Mitgliedern für den Ausschuss zur Vorberatung der Vorlagen, betreffend die Freisetzung von Bauflächen für die Verlängerung der Charlottenstraße von der Georgenstraße bis zum Weidendamm, und den Verkauf der Bauflächen der Grundstücke Dorotheenstraße 12 und Georgenstraße 32 zum Abbruch — und von 15 Mitgliedern für den Ausschuss zur Vorberatung der Vorlage, betreffend die Elize zum Bau der Markthalle VI zwischen Kater- und Invalidenstraße vollzogen.

Von dem Oberbürgermeister v. F o r d e n b e c k ist ein Schreiben eingegangen, das die Mitteilung enthält, daß am 10. d. M. Nachmittags 6 Uhr im Magistrats-Sitzungs-Saale eine freie Besprechung von Mitgliedern der Aeltesten der Kaufmannschaft und Mitgliedern des Magistrats über die für das Jahr 1888 in Berlin geplante deutsche nationale Gewerbeausstellung stattfindet. Von allen Beteiligten werde der lebhafteste Wunsch geäußert, daß an dieser Beratung auch Stadtvorordnete theilnehmen. Die Versammlung beschließt, dem Vorstande die Auswahl von 10 Mitgliedern, die an dieser Besprechung sich beteiligen sollen, zu überlassen.

Der Stadtvorordnete V a n g e r h a n s und Genossen haben den Antrag eingebracht, dem Magistrat zur Erwägung zu empfehlen, das Gehalt der Lehrer an städtischen höheren Lehranstalten mit dem der Staatslehrer gleichzustellen. Der Antrag wird in der nächsten Sitzung zur Verhandlung kommen.

Nach Eintritt in die Tagesordnung wird die Wahl eines Bürger-Deputierten für die Gewerbe-Deputation und für die Schul-Deputation vollzogen. Gewählt wird für die erstere mit 52 von 82 Stimmen der Obermeister der Barbierinnung W o l l s c h l ä g e r, 4 Stimmen fallen auf Herrn K r e u z; für die letztere mit 70 von 80 Stimmen Verlagsbuchhändler B o r s t e l l, 4 Stimmen fallen auf Herrn B u b e l l.

Neubau je einer Gemeinde-Doppelschule in der Oberbergstraße, in der Stallergasse 55/56 und in der Derfflingerstraße 18 a. In der Debatte wird hauptsächlich die Frage erörtert, ob ohne Nachtheil 20 Klassen unter einen Rektor gestellt werden können.

Stadtv. Dr. S t r y l hält es im Interesse der Wahrung der Individualität des Lehrers für geboten, ihn nicht zum Handlanger des Rektors zu erniedrigen, was geschehen würde, wenn man weniger als 20 Klassen unter einen Rektor stelle. Das Korporalsystem des Unterrichts müsse bekämpft werden.

Stadtschulrath H e r r i m empfiehlt den Antrag des Magistrats, der 18 Klassen unter einen Rektor stellt. Schließlich werden die Ausschussanträge, die von dem Gesichtspunkte des Stadtv. S t r y l ausgehen, angenommen.

Der Vorstand hat inzwischen die 10 Mitglieder für die freie Beratung, die am 10. dieses Monats stattfinden soll, bestimmt. Der Stadtvorordnete S i n g e r, der sich unter den Vorgesetzten befindet, lehnt seine Theilnahme ab, da er ein Gegner nationaler Ausstellungen sei.

Zur Verwendung für das Friedrichs-Gymnasium beantragt der Magistrat den Ankauf von 55 Quadratrußen Gartenland des Grundstückes Friedrichstraße 127 zu dem Preise von 132000 Mark.

Der Referent, Stadtv. S p i n o l a weist den Vorwurf zurück, den der Stadtv. Dopp in voriger Sitzung erhoben hatte, daß in der Vorgeschichte dieses Ankaufs dunkle Punkte enthalten seien. Nach einer persönlichen Bemerkung des Stadtv. Dopp, der seine Behauptungen aufrecht erhält, wird der Antrag des Magistrats angenommen.

Das Projekt zur Vervollendung der Erweiterungsbauten der Wasserwerke zu Tegel und Charlottenburg wird genehmigt.

Der Verkauf einer dem Grundstück Adlersstr. 86 in der verlängerten Vorstraße vorliegenden Parzelle wird nach kurzer Diskussion bewilligt.

Eine Reihe unwesentlicher Vorlagen wird debattelos nach den Anträgen des Magistrats angenommen.

Anlegung eines Parks auf dem Kreuzberg. Der Antrag wird einem Ausschuss von 15 Mitgliedern überwiesen.

Untersuchung des von außerhalb nach Berlin eingeführten frischen Fleisches. Der Magistrat legt ein Ortsstatut vor.

Stadtv. G ö r d i: Mit Befriedigung können wir konstatieren, daß der Magistrat endlich einmal einem oft geäußerten

Wunsche gerecht wird und endlich einmal dafür sorgen will, daß die städtische Bevölkerung endlich einmal in einem wesentlichen Genussmittel, dem Fleisch, gesichert wird. Die Maßregeln, welche der Magistrat bisher angewendet hat, waren undurchführbar oder unwirksam. Leider hat der Magistrat aber auch diesmal halbe und deshalb undurchführbare Arbeit geleistet. Warum soll das Fleisch, das in Restaurationen und Speisewirtschaften verbraucht wird, nicht kontrolliert werden? Gerade in den Lokalen, in denen die arbeitende Bevölkerung verkehrt, befindet sich oft das Fleisch in einem nicht entprechenden Zustande. Der Magistrat sagt, hier sei die Untersuchung unmöglich, weil nur kleine Stücke Fleisch zum Verkauf gelangen. Kann aber der Speisewirth nicht verpflichtet werden, das Fleisch an den Stellen zu kaufen, wo es untersucht ist? Geschlecht das nicht, so wird das krank Fleisch von den Märkten verschwinden, aber in den Küchen der Speisewirtschaften sich einsinden. Ich beantrage, das Ortsstatut einem Ausschuss zur Vorberatung zu überweisen.

Stadtv. K a l i s c h beantragt, die Untersuchung auch auf das in den Speiseanstalten verbrauchte Fleisch auszudehnen.

Stadtkämmerer R u n g e vertheidigt die Magistratsvorlage. Es sei notwendig schrittweise vorzugehen.

Stadtv. S p i n o l a stimmt dem Antrage G ö r d i zu, ohne mit der Begründung desselben einverstanden zu sein.

Der Antrag G ö r d i wird angenommen.

Pensionreglement für Angestellte der wirtschaftlichen, industriellen und sonstiger besonderer Gemeindefunktionen der Stadt Berlin. Es sind eine Reihe von Abänderungsanträgen gestellt, darunter ein Antrag auf Ueberweisung der Vorlage an einen Ausschuss von 15 Mitgliedern.

Stadtv. S i n g e r: Die Freude, mit der ich den Gedanken, ein Pensionreglement zu schaffen, begrüßte, hat sich sehr schnell verwandelt. Die Bedenken, welche ich gegen die vorliegende Vorlage des Magistrats hege, sind so tiefgehend, daß ich mich nicht einmal mit einer Ausschussberatung einverstanden erklären kann; sie muß pure abgelehnt werden. Der Magistrat will in seiner Vorlage nur denjenigen Beamten Pension bewilligen, die an sich schon ein hohes Gehalt beziehen, während die kleinen Beamten, deren Dienste ebenso wichtig sind, von jedem Pensionsgenuß ausgeschlossen sind. Ja er will, daß eine ganze Kategorie von Beamten, die jetzt Pension erhalten, denselben verlustig gehen. Der ganze Magistratsantrag wird von dem Gedanken geleitet, daß diejenigen, die viel haben noch mehr bekommen sollen. Wir verlangen, daß gleiches Recht für alle gelte und daß alle Bediensteten der Stadt, die ihr treu gedient haben, einen gesicherten Lebensabend haben.

Das Reglement enthält im § 11 ein wahres Nonstrum. Wenn das Schwert der Entziehung des Pensionanspruches über jedem Beamten schwebt, wie es durch § 11 geschehen würde, wäre es unmöglich, ein wirklich tüchtiges Beamtenvermögen heranzuziehen. Der § 11 in der Hand eines schneidigen Vorgesetzten bedeutet nicht Beamtenvermögen sondern Sklaverei. Wenn die Herren vom Magistratsrat die Erklärung abgeben würden, daß er die volle Pensionberechtigung aller Beamten anerkennt, wenn er den § 11 aufgiebt, würde ich der Verweigerung an einen Ausschuss zustimmen, weil der Gedanke, der der Vorlage zu Grunde liegt, gut ist. Soll die Vorlage als Ganzes so bleiben, wie sie ist, kann die Stadtvorordneten-Versammlung keine andere Antwort haben als ein Nein.

Stadtkämmerer R u n g e giebt die Erklärung ab, daß der Magistrat nicht der Meinung sei, daß jeder städtische Beamte Anspruch auf Pension hat. Der § 11 sei nicht so schlimm, es seien gewisse Rauteln vorhanden.

Stadtv. G o f f m a n n II und Stadtv. M e y e r I empfehlen Ausschussberatung.

Es wird Ausschussberatung angenommen.

Die weiteren Vorlagen entbehren des öffentlichen Interesses.

Schluß 8 1/2 Uhr.
Es folgt eine nicht öffentliche Sitzung.

Lokales.

Ein großer Nothstand herrscht unter den stellungsuchenden Frauen; namentlich unter denjenigen, welche es als ein Unterkommen als Gesellschaftsleiterin, Hausdamen oder als eine ähnliche dienende Stellung abgesehen haben. Auf einer der „Berl. Bzg.“ vorliegende Annonce, vermittelt welcher eine ältere Herr eine Wirtschaftsdame sucht, sind nicht weniger als 186 Besuche eingegangen, darunter Offizierswitwen, Predigerwitwen, verlassene Kapitänswitwen u. s. w. — sie alle wollen ihr hartes Geschick durch Annahme einer Stellung mildern. Es sind durchweg wohlgezogene und wohlgebildete Damen, welche sich um eine doch nichts weniger als glänzende Stellung bewerben und der Menschheit ganzer Jammer pathetisch gehaltenen Episteln liest. Hier empfindet man so recht, daß die soziale Misere keine bloße Phrase ist. — So schreibt die „Berl. Bzg.“ Offizierswitwen und Predigerwitwen sind noch nicht am schlechtesten gestellt, es giebt Gesellschaftsklassiker, denen es viel trauriger geht. Die äußerste Noth wird von jenen Damen gewöhnlich immer noch durch Pensionen oder durch Jugendbungen aus milden Stiftungen fern gehalten, auch dürfte ein Blick in die Inseratenspalten des „Reichsboten“ und der „Kreuzzeitung“ Jedermann leicht die Ueberzeugung bringen, daß der Bettelack gerade für Damen dieser Kategorie in äußerster ergiebiger Weise geschwungen wird. Wirklicher Nothstand ist ganz wo anders zu suchen; schlimm genug, daß ein Blatt von den „demokratischen“ Klären der „Berl. Bzg.“ davon keine Ahnung zu haben scheint.

Hochwichtig! Von der professionmäßigen Schaustellung roher Kraft in den Reichshallen entblöden sich verschiedene Berliner Blätter nicht, folgenden Witsch dem Publikum zu unterbreiten. — Eine große Aufregung verursachten die beiden letzten Ringkämpfe der bisher gegenseitig unbefleglich gewesenen Ringer Doublier und Pietro im Reichshallen-Theater, als ersterer am Montag, letzterer in der Dienstag-Vorstellung nach hartem Kampf, und zwar jeder von ihnen nur durch eine momentane Unachtsamkeit, geworfen wurden. Zahlreiche Besucher der Montags-Vorstellung, welche Doublier hatten fallen sehen, waren am Dienstag wieder zur Stelle, weil man mit Sicherheit voraussagte, daß dieser noch niemals geworfene Reide die Scharte am nächsten Abend wieder auszuregen würde, und es hat es glänzend gethan. Mit Spannung verfolgte das Publikum jeden einzelnen Griff der Ringenden und tausendstimmig Bravo scholl nach dem endlichen Fall Pietro's dem allerdings auch vollständig erschöpften Sieger entgegen. — Man muß wirklich nicht, aber was man sich mehr wundern soll, aber die unverschämte Reklamemacherlei über die — sagen wir — Geduld des Publikums, mit welcher derartige Notizen entgegen genommen werden.

Der Stadtvorordnete Dr. J r m e r muß sich von dem „Bost“ in folgender Weise rüffeln lassen: Als Todtengräber der nationalen mittelparteilichen Bestrebungen zu debilitirte schloß sich am Montag Abend der Vorsitzende des Deutschen Bürgervereins im Stralauer Stadtviertel, Herr Dr. J r m e r, an. Nach einem Vortrage des Reichs- und Landtagsabgeordneten F r h r. von Hammerstein über die politische Situation, welche der Redner nicht besonders als rosig und freundlich schildern zu können bedauerte, beehrte Herr Dr. J r m e r, der Versammlung den letzten Trost, der ihr möglicherweise trotz der trüben politischen Lage geblieben sein könnte, zu nehmen und einer Klärung und Befestigung der Verhältnisse durch den Zusammenschluß aller nationalen Parteien energisch vorzubereiten. Herr Dr. J r m e r wies darauf hin, daß der Bürgerverein

Denn allen mittelständlichen Bestrebungen von jeder Art abhold gewesen sei und jedes Bemühen der Farbe der Bürgervereine immer belächelt habe. Daß durch die Betonung eines berechtigten engländerischen und extremen Parteistandpunktes der konservativen Bewegung Berlin's die Lebensfähigkeit verloren gehen muß, scheint Herrn Dr. Irmer wenig zu kümmern; es genügt ihm das stolze Bewußtsein, daß „Handlungsbedürfnisse von dem konservativen Osten Berlins nirgends geleistet würden“ — ein Bewußtsein, welches der Anhänger einer mit dem Zentrum feindlichen Parteirichtung besser für sich behalten sollte.“ — Diese Worte dürfte für den strebsamen Doktor einen etwas bitteren Beigeschmack haben. Wir unsererseits registriren den Vorfall übrigens nur, um unseren Lesern zu zeigen, daß bei den „nationalen“ und „gutgeleiteten“ Parteien keineswegs Alles so in Ordnung sein muß, als jene Herren es wohl wünschen. Ob die „Post“ mit ihrem Fusionsvorschlage oder Herr Doktor Irmer mit seinem „engländerischen und extremen Parteistandpunkt“ Recht hat, glauben wir dahin kommentieren zu können, daß die konservativen Bürgervereine überhaupt am Anfang vom Ende stehen. Der „Nst“, den die „Rehrpartei“ — die Herren Irmer und Brecher — der „nationalen“ Sache zugefügt haben, scheint heute trotz aller Verleumdung mehr als je sichtbar zu sein. Uns kann's schon recht sein.

Der Schriftsteller und Redakteur Franz Holzerland, welcher während der belgischen Unruhen die dortigen Industriebezirke bereist und sich ganz besonders in Charleroi, Mons, Lüttich, Boignage, Orbiat, Centre u. a. aufgehalten, gedenkt demnächst über die Verhältnisse in Belgien mehrere Vorträge zu halten. Wie Herr Holzerland versichert, hat er die Erfahrung gemacht, daß die Lage in Belgien in der Presse vielfach drohender hingestellt wurde, als sie in Wirklichkeit war. — Die schriftstellerische Tätigkeit des Herrn Holzerland während der Unruhen in Belgien ist unseren Lesern nicht unbekannt geblieben. Seine Berichte zeichneten sich vortheilhaft durch große Ruhe und Objektivität vor den Sensations-Nachrichten anderer Blätter aus.

Großer Jubel herrscht unter den jugendlichen Arbeiterinnen einer hiesigen Kalkfabrik. Früher, um den jungen Damen sparten sich schon seit einiger Zeit von ihrem großen Lohn den Betrag für ein Fünftel-Loos der sächsischen Lotterie, das sie gemeinschaftlich spielten, ab, und hatten in der Schlussziehung der 4. Klasse, welche am 6. d. M. stattfand, das Glück, mit dem Loose Nr. 35 256 herauszukommen, auf welches der Gewinn von 50 000 Mark gefallen ist. Jede der Spielerinnen erhält ca. 600 Mark. — Wenn es nur keine Ente ist!

Eine eigenthümliche Erscheinung unserer Zeit ist das plötzliche Verschwinden von Personen, die, sonst höchst solide und in den geordneten Verhältnissen lebend, eines schönen Tages, zuweilen mitten in einer angefangenen Arbeit, sich aus Geschäft und Familie entfernen, um einige Zeit, in der Regel nur einige Tage, auf ganz abnormen Wegen zu wandeln, in zweifelhafter Gesellschaft sich zu bewegen und Taten zu vollbringen, die sie zu anderer Zeit für höchst unwürdig halten würden. Eine Erscheinung dieser Art bietet gegenwärtig ein 27-jähriger junger Mann, Max K., der in guter Stellung befindliche Sohn achtbarer, wohlhabender Eltern, der seit dem 3. d. Mts. verschollen ist und dessen Verschwinden den Seinigen die größten Kummer verursacht. Wir sind versucht, diese Begebenheit in der Hoffnung zum Abdruck zu bringen, daß der „Semmelwochen“ machende Max unser Blatt in die Hand bekommt und sich veranlaßt fühlt, beim Vesen gegenwärtiger Noth heimzukehren zu den Seinigen und in seine Amisstellung, zumal uns versichert wird, daß bei schleuniger Umkehr diesmal allseitig alles verglichen werden soll. — Diesen Sermon finden wir in verschiedenen, meist konservativen Zeitungen. Die „achtbaren, wohlhabenden“ Eltern sollten sich über ihren 27-jährigen Max, den sie selbst im Verdacht haben, daß er sich auf einer etwas umfangreichen Bierreise befindet, nur keine grauen Haare wachsen lassen; mit 27 Jahren verläuft man sich in Berlin so leicht nicht mehr, und wenn das Geld zu Ende ist, dürfte Max seine achtbaren, wohlhabenden Eltern schon von selbst wieder finden.

Grober Unfug. Als der Maurer Babersche, Reichensbergerstr. 59 wohnhaft, vorgestern Abend von seiner Arbeitstätte in der Vorbringerstraße nach Hause ging, wurde ihm in der Grenadierstraße von mehreren spielenden Knaben eine Pappschibe plötzlich in das linke Auge geworfen. Es gelang dem Verletzten leider nicht, den jungen Missethäter festzustellen, es hätte ihm das auch wenig geholfen, da die Eltern jener Kinder alle entschieden selbst dem Arbeiterstande angehören. Dem Verletzten wurde in der Kgl. Klinik eröffnet, daß die Sache durchaus nicht ungefährlich sei und daß er, um das Auge zu schonen, mindestens acht Tage fern sein müsse. Für einen Maurer ist das heut zu Tage ein schwerer Verlust, denn nach dem kaum überstandenen harten Winter und dem vorjährigen Streik wird Jedermann begreifen, daß sich die Maurer finanziell augenblicklich durchaus nicht in einer beneidenswerthen Lage befinden. Es dürfte wohl auch zu den Obliegenheiten der Ggultinsbeamten auf den Straßen gehören, daß sie soweit auf spielende Kinder achten, daß die Spielereien nicht für Leben und Gesundheit der Passanten gefährlich werden.

Daß es den Berliner Epikuräern nicht an Humor fehlt, haben sie schon bei mancher Gelegenheit und auch bei folgendem Vorfall bewiesen. Im März d. J. wurde einer besuchswürdigen hier aufhaltenden Dame aus Schleßen während der Vorstellung im Opernhaus ein Portemonnaie mit einem Inhalt von 20 Mark aus der äußeren Paletottafel gestohlen. Mehr Tage später erhielt die inzwischen nach ihrer Heimath zurückgekehrte Dame Geld und Portemonnaie mittels folgendem eingeschriebenem Briefes zurück: „Hochverehrte Frau! Als ich an jenem Abend den kühnen Griff in Ihre Tasche machte und dabei Ihre werthe Person musterte, hätte ich nicht gedacht, daß der Hund mit seinem Inhalt so weit hinter meinen Erwartungen zurückbleiben würde. — Sie glauben gar nicht, wie viel Geld dazu gehört, um hier in Berlin in anständiger Weise leben zu können. — Ich hielt Sie für eine Kleinstädterin, die mit gepulvertem Geldbeutel sich Berlin ansieht und glaubte, einen guten Fang zu machen. Da ich nun aber gesehen, daß das Portemonnaie so wenig enthielt, so bin ich zu der Ueberzeugung gekommen, daß Sie es nötiger als ich gebrauchen, sende es Ihnen zurück und hoffe, Ihnen damit Hochachtung vor unserem Stande beizubringen. Am nächsten Abend fand ich in der Tasche meines Nachbarn ein Portemonnaie mit ca. 3000 M., das lohnte sich doch wenigstens! — Sie werden sich wundern, wie ich es fertig gebracht, Ihre Adresse zu erfahren, ja, wir Berliner sind „versuchte Kerle“. Ohne Ihren Portier wäre es mir allerdings nicht gelungen. Sie schlichtete ersehend, das Versehen gütigst zu entschuldigen und Sie bitend, beim nächsten Besuch der Hauptstadt etwas mehr mitzubringen, zeichnet Hochachtungsvoll Daale.“ — Anschließend ist der Brief durch einen Schreiber von Profession geschrieben, die beiden Siegel lassen die Buchstaben H. H. erkennen. — Die Bedeutung des mit 3000 M. gefüllten Portemonnaies ist übrigens Kenomonge; wenigstens ist der Polizei von diesem Diebstahl nichts bekannt.

Leider sind immer wieder Unglücksfälle zu verzeichnen, welche sich durch leichtfertige Benutzung der Fahrstühle in den Fabriken ereignen. Trotz polizeilicher Anordnungen fehlen zudem noch häufig an den Fahrstühlen die sogenannten Fangvorrichtungen, welche die Sicherheit der ersten gegen Herabstürzen bewahren. In einem der größten Färbereibetriebe Deutschlands in der Umgebung von Berlin ist nun ein zweckmäßiges Reglement für den Fahrstuhlbetrieb erlassen, dessen Einführung sich auch für andere Fabriken empfehlen möchte. Dasselbe bestimmt folgendes: Der Fahrstuhl steht unter Leitung und Aufsicht des Fahrstuhlführers, dessen Anordnungen jeder den Fahrstuhl Benutzende Folge zu leisten

hat. Es ist streng untersagt, den Vorräum zu betreten oder sich darüber hinein- oder hinauszubeugen. Wagen, Körbe und andere Gegenstände, welche nach anderen Etagen transportirt werden sollen, müssen auf dem Fahrstuhl so plazirt werden, daß sie die Fahrt nicht hindern. Das Etagenignal ist deutlich zu geben. Das Öffnen und Schließen der Barriere ist nur den Fahrstuhlführern gestattet, jedem Anderen aber verboten, und es darf erst dann der Fahrstuhl betreten resp. verlassen werden, wenn die Barriere ganz geöffnet ist. Der Fahrstuhl darf von höchstens sechs Personen zu gleicher Zeit benutzt werden, und die zu fördernden Lasten einschließlich der mitfahrenden Personen dürfen 10 Zentner nicht übersteigen.

Eine ganz neue Schwindelart, die geeignet sein dürfte, manchen harmlosen Geschäftsman anzuführen, verübte vor einigen Tagen ein anständig geseideter etwa 25-jähriger Mann. Derselbe kam zu dem Kaufmann W. in der Linienstraße, gab sich für einen kühn gegenüber wohnenden Geschäftskreisenden aus, nannte auch seinen angeblichen Namen und ersuchte Herrn W., ihm den neuen Adresskalender für Berlin auf etwa eine Stunde zum Nachschlagen zu leihen und verordnete ein Dreimarkstück als Bürgschaft für die prompte Rückgabe. Herr W. nahm keinen Anstand, die Bitte zu erfüllen, ersuhr aber, als er nach einigen Stunden seinen Lehrling zur angegebenen Adresse schickte, daß er um seinen Adresskalender geprellt sei, denn der junge Mann war nicht ausfindig, stellte sich auch später nicht wieder ein. Da für einen noch wenig gebrauchten dreijährigen Adresskalender gern überall 8—10 Mark gezahlt werden, so ist die Schwindelart immerhin ziemlich einträglich.

Anfängerind von einem und demselben Individuum wurden gestern in der Gerichtstraße zwei Ladendiebstähle mit großer Frechheit verübt, ohne daß der Thäter ermittelt werden konnte. Während sich die im Laden allein befindliche gewesene Frau des Destillateurs G. in der Gerichtstraße 44 nach dem Hofe des Grundstücks begab, um einen Eimer Wasser zu holen, betrat ein Mann den Laden und räumte die Kasse im Schantisch aus, nahm auch noch einige andere Gegenstände vom Schantisch mit. Dasselbe Manöver wurde einige Stunden später in dem Geschäft des Hellschiffen G. in der Gerichtstraße, Ecke der Müllerstraße, ausgeführt, wofür der Dieb ebenfalls in der Ladentasse aufträme und mehrere herumliegende Gegenstände mit sich gehen ließ. Die Polizei ist von den Diebstählen in Kenntniß gesetzt worden.

Das Ergebnis der eben beendeten Abgangsprüfungen auf den hiesigen Gymnasien, Realgymnasien und Oberrealschulen ist folgendes: Auf 14 Gymnasien (das 15. ist noch nicht vollständig) sind im Ganzen 187 Schüler zur mündlichen Prüfung zugelassen worden, 56 wurden auf Grund ihrer schriftlichen Arbeiten freigesprochen und 6 fielen durch, so daß 181 Reifezeugnisse zur Vertheilung gelangten. Die meisten, 23 an der Zahl, konnte das königliche Wilhelms-Gymnasium ausstellen, die wenigsten, nur 3, das Humboldt-Gymnasium. Auf den 8 Realgymnasien wurden 36 Reifezeugnisse vertheilt, darunter 11 unter Befreiung der Schüler von der mündlichen Prüfung; nur ein Schüler fiel durch. Schwach ist das Ergebnis auf den beiden Ober-Realschulen. Die eine konnte nur ein Reifezeugniß, die andere gar keins ausstellen. Die Gesamtheit aller zum Frühjahr an den hiesigen höheren Lehranstalten ausgeheilten Reifezeugnisse beträgt demnach 218. Durchgefallen sind etwa 3 pCt. Dieser geringe Satz der Durchgefallenen hat zum Theil darin seinen Grund, daß schwächere Ober-Primaner, wozugleich sie bereits zwei Jahre in der Prima geübt haben, nicht zur Prüfung zugelassen werden.

Die Echtheit des Goldgelbes hängt nicht von der Farbe und Klanglosigkeit ab. Der Klang hängt von der Prägung ab; werden die Stücke geprägt ohne zu glücken, so sind sie hart und haben wenig oder gar keinen Klang. Die schöne gelbe Farbe erhalten die Stücke durch Säuren und Kochen in verdünnter Säure, die röhlichen jedoch sind letzterem Verfahren nicht unterworfen gewesen. Der Gehalt an reinem Gold ist bei den gelblich-röhlichen wie bei den grau-röhlichen ganz gleich. Die Klanglosigkeit rührt auch sehr oft von kleinen Rissen oder Blasen im Golde her. Mitin ist weder die Klanglosigkeit noch auch die Farbe eine Gewähr für die Unschärfe. Darüber ob die Stücke echt sind, kann man sich sehr leicht durch folgendes Verfahren überzeugen. Wiegt man ein 2-Markstück, so muß es genau 8 Gramm wiegen und das 10-Markstück 4 Gramm; vergleicht man ein Stück mit dem andern von gleichem Werth, so muß es gleich groß und stark sein. Rein anderes Metall steht in Stärke, Größe und Gewicht dem Golde gleich, mitin kann man ruhig ein Goldstück, welches die g-nannten Eigenschaften besitzt, annehmen.

Polizei-Bericht. Am 7. d. M. früh wurde unterhalb der Schleusenbrücke die Leiche einer unbekanntes etwa 40 Jahre alten Frauensperson und vor dem Grundstück Kotzbufer Ufer 28 die Leiche eines Mannes aus dem Wasser gezogen. Beide Leichen, an denen Spuren äußerer Verletzungen nicht sichtbar waren, wurden nach dem Leichenschauhause geschafft. — An demselben Tage Vormittags fiel der Rutscher Jabusch, während er neben seinem Wagen berging, in Folge Ausgleitens zu Boden und wurde von dem Pferde derartig auf den Oberschenkel getreten, daß er eine bedeutende Verletzung erlitt und mittelst Droschke nach seiner Wohnung gebracht werden mußte. — Zu derselben Zeit wurde der Tischler Grummald in der Wollfabrik von Hahn, Schillingstr. 12—14, durch ein Stück Holz, welches sich von der im Gange befindlichen Wollreismaschine abgelöst hatte, so schwer am Kopf verletzt, daß er in das städtische Krankenhaus am Friedrichsbain gebracht werden mußte. — An demselben Tage Abends wurde ein Mann in seiner in der Mohrenstraße belegenen Wohnung besinnungslos aufgefunden und auf ärztliche Veranlassung mittelst Krankenwagens nach der Charité gebracht. Nach einem von ihm geschriebenen Brief hat er Gift genommen.

Gerichts-Zeitung.

Der gestörte „Schafsklopp“. An einem Januarabende dieses Jahres saßen in der Restauration des Herrn A. in der Ritterstraße gemächlich an einem vierenköpfigen Tisch vier erste Männer, die mit großer Würde und vieler Bedächtigkeit Karten, und zwar den allgemein beliebten „Schafsklopp“ spielten. Es wurde wenig gesprochen; man hörte nur die geheimnißvollen Worte: „Wer giebt?“ — „Ich spiel' einen Gel!“ — „Das war ein Durcheinander.“ — „Rouer-As geht mit.“ — „Alte“ und „Bagle“ sind nicht raus!“ — Von Zeit zu Zeit freiste eine große Waise, um den immer vorhandenen Durst der Spieler zu stillen. Dieses friedliche Bild wurde plötzlich durch zwei Anstößlinge gestört, die, auf einer langen Bierreise begriffen, in das Lokal getreten waren, um frische Kräfte zu neuen Taten zu sammeln. Die weisheitsvolle Stille, die bisher geherrscht hatte, war im Nu verschwunden. Mit Stentorstimme bestellte der Eine eine Waise und zwei Zigarren und stimmte dann einen donnernden Gesang an, in welchen der Andere großblönd einfiel. Die freien Künste streuen sich bellantlich nicht immer der allgemeinen Anerkennung, auch die Weisung der beiden Bierbrüder wurde einer boshaften Kritik unterworfen, die hauptsächlich von dem Schafsklopptische ausging. Man kann auch nicht mit Ruhe spielen, wenn in nächster Nähe gedrückt wird. Die beiden Künstler waren aber nicht in der Laune, sich diese Bemerkungen gefallen zu lassen. „Sie haben aber auch Gäste!“ sprach der Eine zum Wirth. „Das drachte das Maß zum Ueberlaufen. Der Wirth bedeutete den beiden, daß ihr fernerer Aufenthalt unerwünscht wäre und forderte sie zu verschiedenen Malen auf, das Lokal zu verlassen. Den beiden Trunkenen schien diese Mahnung aber nicht einzuleuchten, sie leisteten ihäfflichen Widerstand,

und es kostete viele Mühe, sie auf die Straße zu setzen. Nach dem berühmten Liebe vom „schwarzen Waisfisch zu Kalkon“ pflegen aber herausgeworfene Gäste zur Hintertür wieder hereinzukommen. So war es auch hier. Nach 10 Minuten erschienen die Kumpane von Neuem und die Prozedur von vorn mußte wiederholt werden. Dieser Vorgang erneuerte sich dreimal und jedesmal wurde der gemüthliche „Schafsklopp“ gestört. — Sein Nachspiel fand dieser Erzeß in der gestrigen Sitzung des Schöffengerichts 87. Abtheilung. Die beiden Schuldigen wurden wegen gemeinschaftlich verübten Hausfriedensbruchs zu einer Woche Gefängniß verurtheilt.

Soziales und Arbeiterbewegung.

Auf den Werth des Lehrlingsprivilegs der Innungen, die berühmte lex Adernann, wirt ein vor Kurzem von dem Regierungspräsidenten in Breslau ergangener Beschluß ein höchst beachtendes Licht. In Freiburg in Schlesien ist der Tischler-, Drechsler- und Glaserinnung vom 1. April d. J. ab das Recht beigelegt, daß nur der Innung angehörende Meister Lehrlinge dieser Gewerzweige halten dürfen. In Folge dessen hat sich eine dortige Uhrenfabrik an den Regierungspräsidenten mit der Anfrage gerichtet, ob ihr durch jenes Privileg die Ausbildung von Lehrlingen in den einschlägigen Fächern untersagt sei. Darauf hat der Bezirkspräsident geantwortet, die Innungen der Reichsgewerbeordnung seien nur Vereinigungen von „Handwerkern“ und nicht Verbindungen von „Großindustriellen“, es könnten also auch die nach § 100 a den Innungen ertheilten Privilegien „nur dem Kleinergewerbe gegenüber in Wirksamkeit treten“. „Mitin“, schließt der Beschluß, „und Erw. Wohlgeboren auch nach dem am 1. April d. J. erfolgenden Inkrafttreten des dortigen Tischler-, Drechsler- und Glaserinnung ertheilten Privilegiums zur Aufnahme von Lehrlingen jeder Art befugt.“ Gegen die Richtigkeit dieses Beschlusses, den übrigens auch die Nordd. Allg. Ztg. an hervorragender Stelle wiederlegt, läßt sich nicht einwenden. Ist dem aber so, so bedarf es nur geringen Nachdenkens, um zu erkennen, daß das Adernann'sche Gesetz zu geradezu komischen Konsequenzen führen muß.

Die Zahl der in den Fabriken Deutschlands beschäftigten jugendlichen Arbeiter im Alter von 12—16 Jahren betrug nach dem „Reichs Anz.“ im Jahre 1884 153 507. Darunter befanden sich 97 799 männliche und 54 574 weibliche Personen. Von den einzelnen Berufsgruppen hatte die Textilindustrie bei weitem die meisten jugendlichen Arbeiter, nämlich 44 453 (darunter 26 236 Mädchen); alsdann folgen die Industrie der Nahrungs- und Genussmittel mit 18 211, Bergbau-, Hütten- und Salinenwesen mit 17 058, Metallverarbeitung mit 16 785, und Fabrication von Maschinen, Werkzeugen u. a. mit 10 497; bei allen anderen Berufsgruppen beträgt die Zahl der jugendlichen Arbeiter unter 10 000. Die Zählung beruht auf den neuesten Berichten der deutschen Fabrikinspektoren (Gewerberöhre).

Plusmacherei. Nach einer statistischen Zusammenstellung der „Kreuzztg.“ arbeiteten 40 große Aktien-Etablissements der Wollindustrie im Durchschnitt:

1881/82 mit 12 1/2 Prozent Verdienst,
1882/83 „ 15 1/2 „ „
1883/84 „ 16 1/2 „ „
1884/85 „ 16 1/2 „ „

Welchen „Entbehrungen“ müssen sich die Leute unterworfen haben, um einen so hübschen „Lohn“ dafür verdient zu haben!

Die Nachricht von dem Ausbruch eines Maurerstreiks in Hamburg wird von der wohlunterrichteten „Hamb. Bürgerzeitung“ als irrig bezeichnet.

Seben 40 Sammetarbeiter einer mechanischen Weberei in Bieren haben die Arbeit eingestellt, um eine Lohnerhöhung zu erzwingen. Da indessen die auswärts wohnenden Geschäftsinhaber sich auf nichts einlassen wollen, so haben die Streikenden die geforderte Erhöhung von 20 pCt. schon auf 10 pCt. reduziert und wird hoffentlich bald eine Einigung zwischen beiden Theilen erzielt werden. Die in demselben Etablissement beschäftigten zahlreichen Stoffarbeiter haben sich an der Arbeitseinstellung nicht betheiliget.

Streikau. Zigarrenarbeiter. Streik. Am Sonnabend stellten, wie der „Schlesischen Volkszeitung“ geschrieben wird, 300 Zigarrenarbeiter in der Scharnke'schen Fabrik wegen Reduzierung des Lohnes ihre Arbeit ein. Um Erzeßen bei der Lohnauszahlung vorzubeugen (?), wurde von dem dortigen Wachkommando Militär requirirt; auch die Polizei hatte im Hofe Aufstellung genommen. Durch Plakate an den Straßenecken wurden die Arbeiter von Seiten der Polizei aufgefordert, die Arbeit wieder aufzunehmen (!) und zugleich die Einheitsvolleren gewarnt, sich an dem Streik zu betheiligen. (!) Es haben sich die Hauptagitatoren Sonntag nach Heinrichsdau abgeben, um die dortigen Zigarrenarbeiter in der Filiale des Herrn Scharnke zur Niederlegung der Arbeit zu bewegen. Offensichtlich kommt eine Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitern in kürzester Zeit zu Stande, da sonst in zahlreiche Familien das bitterste Elend unvermeidlich eingegeben müßte. — So die „Schles. Volksztg.“ Wir möchten wissen, ob es richtig ist, daß die Polizei aufgefordert hat, die Arbeit wieder aufzunehmen, und ob sie auch sonst durch Warnungen auf den Streik einzuwirken versucht hat. In diesem Falle dürfte sie ihre Befugnisse weit überschritten haben.

In St. Gallen streifen die Schreiner schon längere Zeit und seit einigen Tagen auch die Schlosser.

Vereine und Versammlungen.

h. Eine Generalversammlung der Berliner Zimmerleute fand am Sonntag Vormittag in der „Tonhalle“, Friedrichstraße 112, unter Vorsitz des Herrn Darge statt, von ca. 2000 Theilnehmern besucht. Herr Darge referirte und theilte u. A. mit, daß die Meister-Kommission, nachdem sie am 16. v. M. durch die Gesellen-Vohnkommission von der am 14. v. M. auf „Tivoli“ einstimmig zum Beschluß erhobenen Resolution der Berliner Zimmerleute benachrichtigt worden war, am 18. v. M. der Vohnkommission der Gesellen einen schriftlichen Bescheid habe zukommen lassen, dahin gehend, daß die Kommission der Meister „nicht mehr in der Lage sei, mit den Zimmerergesellen zu verhandeln, weil diese den Wünschen und Anforderungen der Meister nicht entsprochen und keine Versammlung der Art einberufen hätten, wie sie in dem „an die ehrbaren Gesellen“ gerichteten Anschreiben der Meister-Kommission verlangt worden sei.“ Letzteres bildete die dem Antwortschreiben der Meisterkommission beige-fügte Einlage. Daraus habe die Vohnkommission der Gesellen an die Meisterkommission geschrieben, daß sie, wenn ihr das fragliche Einlage-Schriftstück früher, d. h. rechtzeitig zugegangen wäre, nicht verärgert hätte, dem geäußerten Wunsche zu entsprechen, wozu sie auch jetzt noch bereit sei, wenn ihr die Erklärung zugebe, daß das „an die ehrbaren Gesellen“ adressirte Schreiben als ein offiziell an die Vohnkommission gerichtetes anzusehen und zu behandeln sei. Auf diese Rückantwort sei dann einfach die Mitteltheilung erfolgt, daß die Meisterkommission am 21. v. M. sich aufgelöst habe. An demselben Tage aber habe bekanntlich eine kaum 25 pCt. der hiesigen Zimmerergesellen repräsentirende Versammlung von Innungs- (Bundes-) Meistern, resp. Pausgeschäftsinshabern und Baugewerksmeistern u. a. beschlossen, 45 M. pro Stunde Lohn zu zahlen und partielle Streiks der Gesellen mit Arbeitsauschluß zu erwidern. In der Diskussion sprachen sich mehrere Redner dafür aus, vorläufig und so lange noch eine gewisse

Geschäftsstelle andauere, von der neunstündigen täglichen Normalarbeitszeit Abstand zu nehmen, sich auf die Forderung des Stundenlohnes von 50 Pf. zu beschränken und der Sonntags-, Nacht- und Ueberstundenarbeit durch höhere Lohnforderung einen Damm zu setzen. Für die Ueberstunde möge man 75 Pf., für Sonntags- und Nachtarbeit 1 M. pro Stunde fordern. Schließlich nahm die Versammlung nahezu einstimmig eine Resolution an, der gemäß an den früheren Beschlüssen der Generalversammlung der Berliner Zimmerleute am 9. Oktober v. J. festgehalten wird. Ferner wurde beschlossen, behufs genauer Information der Lohnkommission über die in der Gesamtheit der Gesellschaft herrschenden Wünsche und Meinungen auf allen Zimmerplätzen Fragebogen zu verteilen, welche innerhalb drei Wochen gewissenhaft beantwortet, der Lohnkommission zuzusenden sind, die dann wieder eine Generalversammlung einzuberufen hat, welche endgültig Beschlüsse fassen soll. — Bei der dann vorgenommenen Wahl des Generalfonds Kassiers fiel dieselbe auf Herrn Rudolph. Ein Antrag auf Erhöhung der Beiträge zum Generalfonds von 20 auf 50 Pf., den mehrere Redner belächelten, wurde abgelehnt. Auch lagen Streik-Unterstützungsgesuche der Berliner Tapezieren, Möbelpolierer, Töpfer und Wästelnäherinnen vor. Den Tapezieren wurden 200 M. bewilligt, die anderen Gesuche der Lohnkommission überwiesen.

Der Bezirks-Verein der arbeitenden Bevölkerung des Südwestens Berlins hielt am Montag, den 5. d. Mts., seine Versammlung ab. Auf der Tagesordnung war als erster Punkt ein Vortrag angelegt, zu welchem der Reichstagsabgeordnete Herr Stolte als Referent zugesagt hatte. Derselbe war jedoch am Erscheinen durch andere wichtige Sachen verhindert gewesen und wurde dieser Punkt von der Versammlung fallen gelassen. Der zweite Punkt der Tagesordnung war: Wahl eines Vorstandsmittgliedes. Gewählt wurde Herr Hoffmann II. Bei „Verschiedenes“ wurde über die zunehmende Verwendung von Fremdwörtern sowohl in den Zeitungen wie auch in den Parlamentsreden geredet. Ein Nichtmitglied, Abonnent des „Berliner Volksblatt“, wies darauf hin, daß auch das Arbeiter-Organ sich nicht ganz von diesem Fehler freisprechen könne. (Wir möchten dem gegenüber darauf aufmerksam machen, daß wir nach Kräften bemüht sind, alle fremden Ausdrücke aus unserem Text auszumerzen. Es giebt jedoch, wie auch von Herrn Krohm betont wurde, einzelne Fremdwörter, die sich durch deutsche Worte garnicht wiedergeben lassen. D. Red.) Ferner wurde beschlossen, am 18. April eine Herrenpartie zu unternehmen. Näheres wird in einem Inserat bekannt gemacht werden. Es wird erlucht, daß sämtliche Mitglieder Notiz davon nehmen möchten. Ein Antrag des Herrn Hoffmann, eine Zellerfassung zu veranstalten für die Vereinsbibliothek wurde angenommen. Zum Schluß forderte der Vorsitzende Herr Krohm auf, dem Verein beizutreten und ersuchte die Mitglieder, sich etwas mehr an den Versammlungen zu beteiligen. Hierauf schloß derselbe die Versammlung um 11 1/2 Uhr.

h. Der Verein zur Wahrung der Interessen der Berliner Maurer hielt am Dienstag, den 6. d. M., Abends, im Louisenstädtischen Konzerthause, Alte Jakobstr. 37, unter Vorsitz des Herrn Grothmann eine gut besuchte Mitgliederversammlung ab, welche sich hauptsächlich mit der „Stellungnahme zur Lohnbewegung der Berliner Maurer“ beschäftigte. Als Referenten sprachen die Herren Grothmann und Behrend. Den Ausführungen des Erstgenannten entnehmen wir, daß derselbe die Nothwendigkeit betonte, die Zahlung des Stundenlohnes von 50 Pf. auch für die Wintermonate durch schriftliche Abmachung mit Namensunterschrift von den Meistern resp. Baugeschäftsinhabern sich garantieren zu lassen. Herr Behrend machte an die jedem Berliner Maurer und wackeren Kameraden obliegende Verpflichtung, den Beschluß der Generalversammlung vom 17. Juni v. J. streng aufrecht zu halten. Der Verein müsse bewirken, daß durch Verkürzung der üblichen Arbeitszeit die Zahl der Beschäftigten losen, dem „Bagabundenthum“ überantworteten Kameraden vermindert und die Zeit der Arbeitslosigkeit verfürzt werde. Herr Karl Schmidt forderte alle Mitglieder auf, energisch und unaufhörlich für die Stärkung und Ausbreitung der Organisation zu agitieren, damit der schrankenlosen Ausnutzung der Arbeiter und ihrer Degradation zu einer Maschine mit Erfolg entgegen gewirkt werden könne. Wehnlich sprachen sich auch die Herren Herrmann Schulz, Kleinmann und Weiser aus. Hierauf erstattete Herr Weiser den Revisionsbericht dahin ab, daß alles ordnungsmäßig befunden wurde. Beim Punkt „Verschiedenes“ kritisierte der Vorsitzende den neuesten Situationsartikel der „Baugewerkszeitung“, welcher ausführt, daß die Einundzwanziger-Kommission der Gesellschaft von den Meistern nicht als geeignet zu Unterhandlungen mit der Meister-Kommission anerkannt werden könne, daß ferner die Verwerfung der Mordarbeit und das Bestreben, sie möglichst einzuschränken und zu beseitigen, niemals die Zustimmung der Meister zu erlangen vermöge und somit eine gütliche Einigung auf diesem Wege überhaupt unmöglich sei.

In der am 7. d. M. abgehaltenen Versammlung des Arbeiter-Bezirksvereins „Süd Ost“ wurde zunächst an Stelle des ausscheidenden Schriftführers Herr Braunsdorf gewählt, ferner wurde der Rapport des Vorstands, der ein Defizit von 120 M. ergab. Alsdann hielt Herr Jul. Eppraim einen Vortrag über die Stützen der modernen Weltanschauung. Seit alten Zeiten, so ungefähr führte der Redner aus, galt es als feststehend, daß die Welt, so wie es das Christenthum lehre, ein von einem höheren Wesen geschaffenes, vollständig fertiges und nicht mehr entwicklungsfähiges Werk sei. Dieser Glaube erhielt sich auch durch das ganze Mittelalter hindurch, bis auf unsere Zeit, und erst Charles Darwin war es, der durch seine Lehre von der Bewegung dieser Annahme berichtigte und den Grund zu der heutigen Weltanschauung legte. Darwin lehre, daß die Welt nicht ein einige Jahrtausend alt sei, sondern sich schon seit Millionen von Jahren stetig entwickelt habe. Daß diese Entwicklung aber nicht von selbst komme, sondern Ursache und Wirkung habe, sei doch ganz erklärlich. An vielen interessanten Beispielen zeigte der Redner, daß nicht im Weltall geschaffen oder vernichtet werden kann, sondern daß Alles durch die Entwicklung entsteht. Durch diese Lehre, so führte der Redner weiter aus, würden auch alle Lehren von der Bescheidenheit der Kraft und des Stoffes als veraltet hingestellt und klar und deutlich die Einheit derselben bewiesen. Zur Diskussion über diesen wirklich lehrreichen und unterhaltenden Vortrag nahm zunächst Herr Gerisch das Wort und wies nach, daß die moderne Weltanschauung im Gegensatz zu der Lehre von der Erschaffung der Welt das Produkt der direkten Sinneswahrnehmung sei. Daß diese Lehre vor der Wissenschaft nicht bestehen kann, hindert allerdings ihre Lehren, die Ewigkeit, nicht, den Glauben an dieselbe erzwingen zu wollen, weil durch diesen Glauben die Macht der Kirche begründet ist. Im weiteren Verlauf der Ausführungen dieses Redners fand der überwachende Polizeibeamte Veranlassung, die Versammlung wegen „Beischimpfung der Religion“ aufzulösen. Durch diesen Schluß der Versammlung wurde der Vorstand verhindert, den Mitgliedern mitzutheilen, daß am Sonntag, den 11. d. M., eine Herrenpartie stattfindet, das Nähere wird durch Annoncen bekannt gemacht.

Brandenburg a. S. Am 6. Dezember 1885 machten einige bekannte Arbeiter eine Fußparade nach dem dreiviertel Stunden von hier entfernten Neuendorf. Dies hatte sich herumgesprochen, so daß sich auf dem Wege dorthin noch viele Arbeiter anschlossen resp. nachkamen, bis schließlich ca. 150 Personen zusammen waren. Man unterhielt sich durch Spiele und Vergleichen, wie man sich überhaupt an einem schönen Wintertage im Freien unterhalten kann; dies wurde aber von gewissen Leuten für staatsgefährlich gehalten. Genug, es wurde denun-

ziert und fanden deshalb als Angeklagte wegen Uebertretung der §§ 1 und 17 des Vereins-Gesetzes vom 11. März 1850 1. Maurer Klinge, 2. Bergolder Gwald, 3. Arbeiter Beyer, 4. Ziele, 5. Fischer, 6. Bähr, 7. Segler, 8. Meier, 9. Handelsmann Dommerdorf, 10. Zimmermann Müller vor dem hiesigen Schöffengericht. Als Belastungszeugen fungirten: 1. Bauerngutsbesitzer Wesener aus Neuendorf, 2. Polizeikommissar Häder, 3. Polizei-Sergeant Maurer, 4. Maurer Seiler aus Brandenburg und 5. Maurer Klahn aus Neuendorf. Sämtliche Zeugen konnten nicht weiter ausfragen, als daß sie von weitem einen Haufen Menschen gesehen haben, welche zum Theil in der Forst hin und her liefen, theils auf einen Haufen zusammen standen. Nur der Zeuge Wesener will, nachdem er von Seiten des Richters, Affessor Böttcher, mehrmals gefragt wurde, ob er denn gar nichts von dem, was gesprochen wurde, gehört habe, vernommen habe, daß beim Auseinandergehen gerufen sein soll: „Unser Reichstagsabgeordneter soll leben!“ Trotz dieser recht zweifelhaften Aussage nahm der Gerichtshof als erwiesen an, daß die Theilnehmer an der Partie Sozialdemokraten waren, welche eine geheime Versammlung abgehalten haben, in welcher öffentliche Angelegenheiten berathen und erörtert wurden. Neun Angeklagte wurden dann auch verurtheilt, und zwar Gwald, von welchem angenommen wurde, daß er der Einberufer, Leiter und Redner der Versammlung war, zu 50 M.; Meier, weil er beweisen konnte, daß er überhaupt nicht dabei war, wurde freigesprochen; die übrigen Angeklagten aber zu je 5 M. verurtheilt. Sämtliche Verurtheilte haben sofort Berufung angemeldet.

Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Drechsler und verw. Berufsgenossen. (C. S. 48) Bezirk O. Am Sonntag, den 11. April, findet Vormittags 10 1/2 Uhr die vierteljährliche Mitgliederversammlung in den Arminhallen, Kommandantenstraße 20, mit folgender Tagesordnung statt: 1. Vierteljährlicher Rapport. 2. Wahl eines Delegirten zur außerordentlichen Generalversammlung. 3. Verschiedenes. Mitgliederbuch legitimirt. Zahlreiches Erscheinen ist dringend erforderlich.

Verein für volksverständliche Gesundheitspflege und Naturheilkunde, Dorotienstraße 57. Freitag, den 9. April, Abends 8 1/2 Uhr, Vortrag des Herrn Gantig über die Nerven, ihre Erkrankung und naturgemäße Pflege.

Sängerverein Sängerkunst, Landsbergerstr. 80, Sonnabend 9 Uhr. Gäste willkommen.

Der Verein sämtlicher Berufsclassen Berlin I., eingetragene Hilfskasse, hält Sonnabend, den 10. d. M., Abends 8 Uhr, Ränigstraße 5 seine Versammlung ab. Neue Mitglieder werden in jeder Versammlung, sowie beim Kassier Schilling, Koppstr. 48, aufgenommen.

Im Deutschen Privatbeamten-Verein (Zweigverein Berlin II) spricht heute Abend, 8 1/2 Uhr, in der Schultheiß'schen Brauerei, Neue Jakobstr. 24, Herr Dr. jur. Graudenz über „Schöpfung und Leben.“ Gäste haben Zutritt.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (C. S. 29) Hamburg, Filiale Berlin III, Versammlung Sonntag, den 11. d. M., Vormittag 10 Uhr, Rantaustr. 90. Berathung der Anträge zur Generalversammlung, eventuell Stichwahl der Delegirten zu derselben.

Verein sämtlicher Berufsclassen, Berlin II, Sonnabend, den 10. d. Mts., Abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Pöddow, Brünzstr. 79, Versammlung. Aufnahme neuer Mitglieder, ebenso beim Kassier Schumacher, Mariannenstraße 8, S. III.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter. Der Rechnungsabschluss dieser Kasse weist folgende Resultate auf: Doxer Kassabestand Ende 1884: 51 119 M. 43 Pf., Beiträge 656 509 M. 7 Pf., insgesammt Einnahmen 745 842 M. 98 Pf. Diefen stehen 672 845 M. 3 Pf. Ausgaben gegenüber, von den auf Kronenunterstützung 629 680 M. 29 Pf. und auf Sterbegelder 18 075 M. entfallen. Die Verwaltungskosten betragen sich nur auf 3 1/2 pCt. der Gesamteinnahmen und charakterisirt sich hiermit die Verwaltung unbedingt als eine billige. Die Gesamtmitgliederszahl beträgt 33 103.

Letzte Nachrichten.

Der Pariser Stadtrath lehnte, so berichtet die „Voss. Zig.“, mit großer Mehrheit einen Antrag Bellant's ab, drei Stadträte zur moralischen Unterstützung der Vergleute nach Decazeville abzuordnen, nahm dagegen einen Antrag an, welcher den Decazevillern wiederholt das Mitgefühl des Pariser Stadtraths ausdrückt. Im Frühljahre fand eine von 3000 Personen besuchte Entrüstungsversammlung statt, wo Rochefort erklärte, er sei unterm Kaiserreich wiederholt verhaftet, aber nie gefesselt worden, und die Decazeviller Vorgänge seien schändlicher als irgend etwas, was die despotischen Regierungen jemals gewagt hätten. Nach vielen heftigen Reden wurde eine Tagesordnung angenommen, welche die Decazeviller aufmuntert, auszuhalten, bis man Léon Say, Freycinet und Ledroy ebenso behandeln könne, wo sie Roche und Ducouercy behandelt hätten. Den letzten Despatches zufolge, fordern die in Decazeville anwesenden Deputirten die Grubenarbeiter auf, in ihrem Widerstande auszuhalten sowie den Streik fortzusetzen, zugleich aber die Ruhe nicht zu stören, um der Regierung nicht die erwünschte Gelegenheit zum Einschreiten des Militärs zu geben.

Fürst Alexander meldet nach Darmstadt: Er habe das am 5. d. M. in Konstantinopel von sämtlichen Mächten unterzeichnete Dokument erhalten. Da sich dasselbe nicht als türkisch-bulgarisches Abkommen, sondern als Nachspruch Europas bezeichne, so habe er beschlossen, dasselbe anzuerkennen unter Wahrung seiner Rechte in Bezug auf § 1.

Aus Rom wird telegraphisch gemeldet, dem „Popolo Romano“ zu Folge glaube man, daß das Ministerium seine Entlassung einreichen werde. Tritt dieser Fall wirklich ein, so darf man auf eine Wiederholung des seit Jahren mehrfach Geschehenen gefaßt sein; Herr Depretis wird von Neuem mit der Kabinettsbildung betraut werden, sein gegenwärtiges Kabinet etwas ummodellirt und sodann mit der Auflösung der Kammer vorgehen, die bereits seit längerer Zeit ins Auge gefaßt worden ist und, wie wir erst gestern mitgetheilt haben, im letzten Kabinettsrathe beschlossen sein soll.

Es ist davon die Rede, daß die für Sonnabend bevorstehende Vertagung des Reichstags nicht durch Beschluß desselben, sondern durch kaiserliche Verordnung erfolgen werde, so daß in dieser der Tag des Wiederbeginnes der Verhandlungen bestimmt werden würde.

Die konservative Fraktion des Abgeordnetenhauses hat einen neuen agrarpolitischen Vorstoß unternommen; sie hat durch die Abg. v. Mannigerode und Graf Rantz folgende von der gesammten Fraktion unterstützte Interpellation eingebracht: Die Unterzeichneten erlauben sich an die königliche Staatsregierung die Anfrage zu richten, ob die königliche Staatsregierung innerhalb des Bundesraths weitere gesetzliche Maßregeln anzunehmen beabsichtigt, welche darauf gerichtet sind, dem betrüblichen Preisniedergange der landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu begegnen und eine weitere Steuererleichterung der Kommunen und kommunalen Verbände herbeizuführen.

Das „Dresd. Journal“ hat sich mit seiner Sensationsnachricht über den Crimischauer Brand blamiert! In einem Schreiben des Rathes dieser Stadt an die Redaktion heißt es, daß die über den Brand der Augler'schen Fabrik angestellten strafrechtlichen Erörterungen bis jetzt keinen

Anlaß zu der Annahme ergeben haben, daß der fragliche Brand mit der Thätigkeit der sozialdemokratischen Partei in Verbindung stehe.

Kleine Mittheilungen.

Dien, 6. April. (Konfiskirte Plakate.) Heute Morgen wurden in mehreren Bezirken, namentlich in der Leopoldstadt, zahlreiche Plakate mit aufreizenden Gedichten affischirt gefunden und von den Polizeiorganen beseitigt. Die Plakate hatten die Größe eines halben Bogens, und der Text war auf derselben in großen lateinischen Buchstaben mit Hilfe ausgechnittener Patronen aufgetragen worden. Man schließt daraus, daß die Agitatoren, von denen diese Plakate ausgingen, keine Druckpresse zu ihrer Verfügung haben.

Dulakest, 4. April. (Entgleisung des Blizuges.) Der fahrplanmäßig Morgens 4 Uhr von Perciorooa aus fällige Orient-Blizug ist heute erst um 11 Uhr Vormittags, also mit einer Verspätung von sieben Stunden, in Dulakest angelangt. Ursache dieser Verspätung ist, wie der „N. fr. Pr.“ geschrieben wird, eine unweit der letzten Station vor Salina stattgehabte Entgleisung gewesen, durch welche die Lokomotive aus den Schienen geschleudert und umgestürzt worden war. Zum Glück wurde durch das von der Lokomotive gebildete Hinderniß der Zug sofort zum Stehen gebracht, so zwar, daß die Passagiere in den Personenzügen mit dem bloßen Schrecken davonkamen. Doch hat leider bei diesem Eisenbahnunfälle ein Mann vom Fahrpersonal einen Fuß verloren. Ueber die Veranlassung des Bahnunfalles gehen die Meldungen sehr auseinander. Während von der einen Seite behauptet wird, daß die Schienen an der Stelle, wo die Entgleisung erfolgte, von böswilliger Hand aufgehoben gewesen seien, wird von anderer Seite angenommen, daß die heutige Entgleisung einer bei Ueberwachung des Bahnkörpers begangenen Unterlassungssünde zuzuschreiben sei.

London, 6. April. (Schiffungslad.) Der britische Postdampfer „Abysinia“ ist bei Pinda Shoal, 50 Meilen nördlich von Mozambique, gescheitert. Alle Passagiere und Mannschaften wurden gerettet. Die „Abysinia“, ein 1868 erbautes eiserner Schraubendampfer von 1126 Tons, gehört der British India Steam Navigation Kompagny.

Die märchenhaft klingende Thatsache, daß das Königreich Sachsen im Winter über eine deutsche Meile weniger Eisenbahnschienen besitzt, als im Sommer, bewies Direktor Klauß in Dresden in einem Vortrage über die Ausdehnung der Körper durch die Wärme, welchen er kürzlich im Gewerbeverein zu Dresden hielt. Eine Eisenbahnschiene von 7 1/2 m Länge zieht sich bei 15 Grad Kälte um 8 mm zusammen; die Sachsen nun 7 438 000 m Schienen (nicht Gleis-) Länge besitzt, so beträgt die Zusammensziehung überhaupt 7900 m.

Briefkasten der Redaktion.

D. Sch. Dollinerstr. 52. Ist und nicht bekannt. Erkundigen Sie sich bei Herrn J. Schindler, 80 Adalbertstraße 22, III.

S. B., Müllerstr. Breslau wird im Reichstage durch die Abgeordneten Hagenklober und Reäder vertreten.

S. B. Pioniere, Jahrgang 1873 im Exerzierhaus des 3. Garde-Regiments zu Fuß, Wangelfstr. 102-4, Dienstag 13. April, Vormittags 8 Uhr.

A. 100. Sie können, da Ihr Schuldner sich nur zur ratenweisen Rückzahlung des Darlehns verpflichtet hat, nur die fälligen Raten einklagen. Wenn aber im Laufe des Prozesses eine weitere Rate fällig ist, so können Sie den ursprünglichen Klageantrag entsprechend erweitern.

S. E. 10. 1. Beantragen Sie im Sühnetermin, Ihnen möglichst bald Ausfertigung der Verhandlung zu erteilen. 2. Diese Ausfertigung schicken Sie dann dem Magistrat unter Bezugnahme auf dessen an Sie gerichtete Verfügung und unter Angabe des betreffenden Aktenzeichens.

R. N. 1500. Die gedachte Abmachung würde rechtlich gültig sein und auch vor Gericht zur Geltung gelangen.

E. P. 1861. Wegen Ihrer Schulden können auch die Ihnen gehörige Gegenstände gepfändet werden. Wenn das Ihnen ein Verwandter Ihre Wohnung mit vollständiger Mobiliar ausstattet, ohne Ihnen aber die Gegenstände zu schenken, so kann der betreffende Verwandte gegen die Pfändung derselben interveniren. Schließen Sie in Bezug gegenwärtig einen schriftlichen Vertrag ab, in welchem Ihr Verwandter Ihnen die — einzeln aufzuführenden — Sachen zum unentgeltlichen Gebrauche überläßt, sich aber sein Eigentum ausdrücklich vorbehält. Wenn Sie Geld übrig haben, können Sie diesen Betrag auch vor dem Notar abschließen; nöthig ist das aber keineswegs.

Erbchaftssache. Wenn Sie gleich nach Ihrer Ehe heirathet hier Ihren Wohnsitz hatten, so beerben Sie Ihre verstorbene Frau nur zur Hälfte, die andere Hälfte bekommen deren Verwandte. Die Art der Auseinandersetzung ist sehr verwickelt und läßt sich mit kurzen Worten nicht erklären. Daß die Sparkasse auf Ihren Antrag, Ihnen den Sparkastensbetrag Ihrer Frau herauszugeben, nicht eingehen wird und darf, werden Sie nach Obigem wohl begreifen.

S. B., Adalbertstraße. Für die Gemeindefrankenkasse beginnt die Bildung eines Reservefonds erst dann, wenn Ueberflüsse vorhanden sind. Dagegen müssen die Krankenkassen von ihrem Bestehen an so lange den sechsten Theil der Kasseneinnahme zum Reservefonds geben, bis dieser die Höhe der durchschnittlichen Jahresausgabe erreicht.

Bergolder J. Da der Möbelhändler am 1. April, wie er versprochen, Morgens um 9 1/2 Uhr, erst Nachmittags um 5 Uhr den Möbelwagen geschickt hat, Sie aber inzwischen um 4 Uhr einen anderen Wagen bestellt haben, kann der erste nicht von Ihnen verlangen und Sie können ihn auf Schadloshaltung der angezahlten 6 M. verklagen.

R. B. 311. Wenn der neue Termin vor dem Amtsgericht in Ihrer Gegenwart verkündet ist, so erhalten Sie keine Vorladung mehr und müssen sich, da Ihnen der Termin entfallen ist, auf der Gerichtsschreiberei des betreffenden Amtsgerichts erkundigen. Sie können auch unter Angabe Ihrer jetzigen Wohnung schriftlich den Antrag stellen, Ihnen die Schrift des letzten Terminprotokolls zu erteilen und können daraus den Zeitpunkt des neuen Termins ersehen.

A. 100. 1. Wenden Sie sich an das hiesige Amtsgericht, Abtheilung für Vormundschafftssachen. 2. Da Ihre Frau gegen Ihren Willen weggegangen ist, brauchen Sie ihr keinen Unterhalt zu gewähren; Ihr Kind müssen Sie aber natürlich ernähren.

S. J. 52. Da Sie als Schlafbürche mit Ihrem Blauschwarz gemacht haben, daß Jeder von Ihnen sowohl am 1. als am 15. jeden Monats mit 14tägiger Frist kündigen kann, so ist Sie in Folge der am 1. d. M. erfolgten Kündigung nur zur Zahlung des Schlafgeldes bis zum 15. d. M. verpflichtet. Ueber jene Verabredung können Sie dem Wirth den Eid nicht schwören. Daß Sie die Kündigung nicht Ihrem Wirth, sondern da dieser den ganzen Tag außer dem Hause ist, dem Wirth gegenüber ausgesprochen haben, schadet nichts. Wenn der Wirth am 15. Sie nicht zihen läßt und Ihre Sachen behält, so können Sie den halbmonatlichen Betrag des Schlafgeldes hinterlegen und den Erlaß einer einstweiligen Verfügung beantragen, daß die Sachen Ihnen herausgegeben werden.

S. Halle'sches Ufer 27. Das ist gesetzlich verboten.